Donnerstag, 23. Juni 1932
Nr. 141. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Proletarierfront gegen Faschismus!
In öffentlicher Versammlung der SAP Groß-Berlin spricht Jacob Walcher Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstraße, über das Thema
SPD- und KPD-Führung sabotieren die Einheitsfront — Was ist zu tun?
Unkostenbeitrag 20 Pfennig — Erscheinen 10 Pfennig

A 1

Papen regiert — Hitler diktiert!

Das Zentrum paktiert mit den Nazis

Lügenkerrl durch Zentrumshilfe Landtagspräsident

Der gestrige Tag schließt ab mit zwei neuen Siegen des Faschismus. Er brachte die Wiederwahl des Nazipräsidenten im Preußischen Landtag, des Lügen-Kerrl, wie der nunmehr endgültig gewählte Herr Präsident bei den Arbeitern seiner Heimatstadt Peine heißt, seit es dort gerichtsnotorisch ist, daß er wissentlich die Unwahrheit gesprochen und die Lüge als politische Waffe deklariert hat. Und er brachte weiter einen Sieg des Faschismus auf der Länderkonferenz, auf der die süddeutsche Opposition unter der Drohung der Reichsexekutive die Waffen streckt. Dort wurde ein Kompromiß vorbereitet, das den Nazis entgegenkommt und das unter dem Druck der Hitlerbanden auf die Herren, die sich Reichsregierung nennen, aber in Wirklichkeit verfassungsbrüchige Statthalter des Faschismus sind, zustandegekommen ist.

*

Dramatisch verlief die Landtagssitzung. Das Zentrum hatte beschlossen, sich, um die Wiederwahl des Lügen-Kerrl zu ermöglichen, der Stimme zu enthalten. Er faßte diesen Beschluß in der gleichen Stunde, wo in Berlin der Text eines Aufrufs des Oberosaf in München bekannt wurde, der dem Zentrum „fortgesetzten Rechts- und Verfassungsbruch", „Schiebung", „Intoleranz" und „Unterdrückermanieren" vorwarf, eines Aufrufs, der dem Zentrum droht, ihm noch im Laufe des Monats Juli „den Glauben an den Nationalsozialismus beizubringen, so Gott will . . ."

Auf diesen Beschluß des Zentrums besann sich die kommunistische Fraktion ihrer Aufgabe, alles zu tun, um dem Faschismus jede Position streitig zu machen. Sie korrigierten den gestern von uns kritisierten Beschluß, nur dann für ein zentrümlich-sozialdemokratisches Präsidium zu stimmen, wenn Zentrum und SPD für die Aufhebung des Demonstrationsverbots und die Nichtdurchführung der Papenschen Schandverordnung in Preußen sich verpflichteten.

Der kommunistische Genosse Wilhelm Pieck gab die Erklärung ab, daß seine Fraktion nunmehr bedingungslos bereit sei, mit Zentrum und Sozialdemokraten dafür einzutreten, daß ein Landtagspräsidium ohne Nationalsozialisten und Deutschnationalen geschaffen werde.

Dieser Vorschlag, der einzig richtige in der gegebenen Situation, der nur bedauerlicherweise reichlich spät kam, zwang Zentrum und SPD, für eine sofortige Unterbrechung der Sitzung einzutreten. Die Zentrumsfraktion beschloß jedoch, in seiner sofort anberaumten Besprechung, den kommunistischen Vorschlag abzulehnen! Die Kommunisten konnten diesen Streich nicht mehr verhindern, aber sie haben das Verdienst, diesmal zum ersten Male eindeutig klargelegt zu haben vor der Arbeiterklasse, daß es jetzt wenigstens nicht mehr an ihnen liegt, wenn dem Faschismus der legale Weg zur Machtweitgeöffnet wird! Das Zentrum dagegen hat aufs neue bewiesen, daß seine parlamentarische Oppositionskomödie gegen den reaktionär-faschistischen Block nur das tatsächliche inoffizielle Bündnis seiner Parteispitzen mit diesem Block verschleiern soll.

Die gleiche Selbstenthüllung der Jesuitenpartei auf der Länderkonferenz. Auch hier das Einlenken zu den stärkeren Bataillonen. Die amtliche Mitteilung, die über die Länderkonferenz den Schleier der offiziösen Verlogenheit breitet, zeigt dennoch, daß die vielgerühmte Länderopposition die weiße Fahne hißt, und daß es mit Riesenschritten auch hier dem faschistisch-reaktionären Block entgegengeht, an dem die Zentrumsspitzen mitsamt dem Rebellen Brüning teilhaben werden. Solange der Wahlkampf geht, wird die Oppositionsmaskerade aufrecht erhalten werden. Aber sie werden sich schon gegenseitig kein Härchen krümmen, die Leute des Herrenklubs, die Nazibanditen und die Zentrumspfaffen.

Die neue Linie beginnt sich durchzusetzen, die der eigentliche Kommandant der neuesten Diktatur in Deutschland, die der Führer der bonapartistischen Konterrevolution, der Obermacher der Reichswehrbürgerkriegsgarde, Herr Schleicher, in den letzten Tagen abzutasten beginnt; die Linie auf die Konzentration aller reaktionären Kräfte von den faschistischen Streikbrechergarden bis zu den zentrümlichen Vorkämpfern der Geldsackrepublik.

Um so entscheidender wird von jetzt ab die Rolle des Abwehrblockes aller Arbeiterorganisationen. Wenn der gestrige „Abend"-Vorwärts — sehr zum Unterschied von der viel besser der Lage angepaßten Erklärung des ADGB über die Voraussetzungen der Einheitsfront — eine neue Breitseite gegen die Kommunisten abschießt, und ihre „Schleichwege", ihre „Einheitsfrontmanöver" als „Falle für die Arbeiterbewegung" hinstellt, wenn er in Schreizeilen den sozialdemokratischen Arbeitern sagt: „Kriecht nicht auf den kommunistischen Leim, laßt euch nicht mißbrauchen!", so zeigt er nur, daß das Zentralorgan der SPD gegen den wachsenden Einheitswillen der Arbeiter schon ganz grobes Geschütz auffahren muß, um die reaktionäre Stellung der Parteibürokratie zu halten.

Man kann den Kommunisten vorwerfen, daß sie auch heute noch aus der Umklammerung ihrer Sektiererpolitik nicht heraufgefunden haben. Daß sie aber alle Anstrengungen dazu machen, beweist ihre gestrige Haltung im preußischen Landtag. Wenn der „Abend" in dieser Situation ein Rundschreiben der Kommunisten an die Oeffentlichkeit zerrt, in dem diese am 4. Juni sich taktisch darauf orientieren, den „Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie zu führen", und wenn er daraus eine große Enthüllung zu machen versucht; so muß darauf verwiesen werden, daß die „Rote Fahne" diesen „taktischen" Unsinn ganz offen am 9. Juni vertrat. So schädlich und verkehrt die „Linie" ist, so wenig handelt es sich dabei um geheime Schleichwege, auf die sich jetzt die sozialdemokratische Führung berufenn dürfte, um ihrerseits die Einheitsfront zu sabotieren. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden, besonders nach den neuesten Leistungen ihres bisherigen Koalitionsgenossen, des Zentrums, gut daran tun, die Lage neu zu durchdenken und mit aller Kraft auf ihre Bürokratie einzuwirken, daß die Selbstmordpolitik auch von dieser Seite ein Ende nimmt.

Der Vorschlag der Kommunisten, für die Aufhebung des Demonstrationsverbotes einzutreten, und eine gemeinsame Kundgebung aller Arbeiter zu organisieren, muß von allen Arbeiterorganisationen unterstützt werden, ob die kommunistische Politik ansonsten richtig ist oder nicht. Das Fortbestehen des Demonstrationsverbotes hilft nur den Nazis, es hindert sie nicht. Es ist empörend, daß eine nationalistische Studentenkundgebung im Berliner Lustgarten von Severing bewilligt wird, aber ein gemeinsamer Arbeiteraufmarsch von Severing und anderen Mitgliedern des SPD-Parteivorstandes immer noch sabotiert wird. Der Aufruf der Kommunisten zur gemeinsamen Kundgebung wird alle diejenigen Arbeiter bereitfinden, die erkannt haben, daß es höchste Zeit ist, auf die Verbote der reaktionären Diktatoren zu pfeifen, und endlich die Massenkraft der Arbeiter auch auf der Straße gegen den faschistischen Pöbel einzusetzen. Nicht der individuelle Terror, aber die Massenaktion **könnte und wird die Vorherrschaft der Nazibanden in Deutschland beenden.** Und diese **Massenaktion kann nur zustande kommen, wenn** alle Arbeiterorganisationen entschlossen sind, sich über die Schranken hinwegzusetzen, die der Bürgerkriegsapparat, leider mit Hilfe sozialdemokratischer Vertreter in den Behörden, gegen die Koalitions- und Demonstrationsfreiheit der Arbeiter aufgerichtet hat.

*

Von heute ab gilt es noch dringender als bisher: mit aller Energie die Massenaktion gegen die Verfassungsbrecher und Hochverräter in der durch den Staatsstreich eingesetzten Regierung zu ihrem Sturze in Bewegung zu setzen. — Mit aller Energie die antifaschistische Abwehrfront von Reichsbanner bis zum Kampfbund zu bilden, — mit aller Energie im Wahlkampf die außerparlamentarische Aktion zu fördern, in dem zur revolutionären Wiedervereinigung der heute gespaltenen Teile der Arbeiterklasse, als Vorbereitung gemeinsamer Aktionen, der einheitliche Abwehrwille auch bereits auf einer gemeinsamen Reichsliste aller Arbeiter-Parteien im Wahlkampf zum Ausdruck kommt. Mit aller Energie den Abwehrkampf zu steigern zum Sturz der frechen Anmaßung der diktatorischen Macht durch ein Häuflein Junker, Großkapitalisten und Generale, die nur im Interesse der Kapitalisten den Bürgerkrieg und den Krieg vorbereiten helfen. Mit aller Energie den Kampf aufzunehmen, um den proletarischen Ausweg aus der Krise um die Erkämpfung der proletarischen Diktatur! Es gibt keine Weimarer Verfassung mehr. Selbst solche zahme Hasen wie z. B. der Vorsitzende der Staatspartei bescheinigen Herrn Hindenburg, daß die Reichstagsauflösung ein Verfassungsbruch war, und gäbe es Republikaner in Deutschland, die Verantwortlichen von illegaler Diktatur müßten längst hinter Schloß und Riegel sitzen! —

Faschistischer Sieg auf der Länderkonferenz

TU. Berlin, 22. Juni 1932.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsministerium des Innern trat heute vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni d. J. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, von Gayl, zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen (!) und eine einheitliche Handhabung der „gesamten Materie" herbeizuführen. (!) Die endgültige Stellungnahme der von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

*

Wie wir erfahren, soll das Kompromiß gleichzeitig Maßnahmen gegen die KPD enthalten!

Nach zehn Jahren

Am 24. Juni 1922 wurde Rathenau ermordet

Von **Berthold Jacob**

In diesen Tagen des Rathenau-Mordes dichtete Theobald Tiger:

„Wenn diese Republike
Zehn Jahr' so weiter macht – ,
Wird eines Tags sie sticke
Von hinten umgebracht.
Herrn Geßlers Weißgardisten
Erzieh'n dann Monarchisten . . .
Ein paar – – die werden schreiben,
Die meisten werden bleiben.
Der Rest, der zieht zum Tor hinaus,
Mit Schwarz-Rot Gold voran.
Es wird die Here'n begleiten – –:
Ein Leutnant und zehn Mann . . ."

Tigers Prophetie geht haargenau in Erfüllung. Oldenburgs Leutnant mit seinen zehn Mann beherrscht die Stunde der deutschen Republik zehn Jahre nach Rathenaus gewaltsamem Tod.

*

Die Mörder, die am Johannistag 1922 den Reichsaußenminister Walther Rathenau, den Träger eines weithin bekannten deutsch-jüdischen Industriellennamens, den „Patrioten", auf seiner morgendlichen Fahrt ins Amt in seinem Kraftwagen durch eine Serie von Maschinenpistolenschüssen und eine waidgerecht geschleuderte Handgranate aus dem Leben brachten, waren ehemalige kaiserliche Offiziere, Söhne bourgeoiser Familien und glühend fanatische Anhänger der Organisation Consul des Kapitäns Ehrhardt. Ihr Beweggrund war nicht so sehr der „fanatische Antisemitismus", den das Urteil das Staatsgerichtshofes (gegen die Helfer der Täter! — Die eigentlichen Mörder hatten, von Polizei umstellt, auf der Burg Saaleck in Thüringen ihr Leben durch eigene Hand beendet.) stellte, als vielmehr der Vorsatz, der damaligen „nationalen Opposition" ein Signal zum Sturze der Republik zu geben; der Plan war offensichtlich, die Arbeiterschaft zu putschistischen Aktionen aufzureizen, und diese — als bolschewistischen Aufstand plakatiert — mit Hilfe der bewaffneten Kräfte des Staates und des organisierten Bürgertums blutig niederzuwerfen. So hoffte man die Kraft der Arbeiterklasse mit einem Schlage brechen zu können.

Rückschauend kann uns heute die Person des Ermordeten, die vor zehn Jahren überall in den Vordergrund gerückt schien, nicht interessieren, sondern bloß die Situation, die durch den geglückten Anschlag entstanden war. Im Reichstag schleuderte am Tag nach dem Morde der regierende Zentrumskanzler Dr. Joseph Wirth sein berühmt gewordenes Wort gegen die Bänke der Nationalisten: „Der Feind steht rechts!" Aber bei dem Wort blieb es, mußte es bei der Zentrums-Bourgeoisie auch bleiben.

In zwei gewaltigen Aufmärschen demonstrierte in Berlin die organisierte Arbeiterschaft aller Richtungen gegen den Mord und die Mörder. Die Bürger zitterten allüberall im Lande vor dem Marschschritt der organisierten Proletarierbataillone, die sich, wie beim Kapp-Putsch, über alle trennenden Schranken hinweg, zusammengefunden hatten, um den Würgegriff der faschistischen Vorläufer vom Halse der Republik abzuwehren. Die Regierung verhieß energische Maßnahmen; sie sollte nach links erweitert werden. Ernsthafte Verhandlungen mit den Führern der Unabhängigen Sozialdemokratie begannen; sie scheiterten daran, daß Dr. Wirth nicht bereit war, das Reichswehrministerium aus den Händen des sich damals noch einen Demokraten nennenden Dr. Otto Geßler in zuverlässigere, etwa die des damaligen oldenburgischen Ministerpräsidenten Tantzen zu legen.

Aber es geschah nichts. Die Reichswehr, die, in offenbarer Sympathie mit den Mördern, die von der Regierung allgemein angeordnete Trauerbeflaggung nicht einmal mitmachte, verbat sich alle „Reformen" und alle Republikanisierung. Die Arbeiterklasse, reformistisch gefesselt, fand nicht die Kraft zu einem entscheidenden Vorstoß. So blieb alles beim Alten — weil auch das durch die Arbeiterdemonstrationen eingeschüchterte Großbürgertum sich zu keinem Gewaltstreich aufraffte. Die Schüsse in der Königsallee des Berliner Grunewalds waren zehn Jahre zu früh losgegangen.

Es wird heute schwierig, die Stimmung wieder anschaulich zu machen, die nach dem 24. Juni 1922 Deutschland beherrschte. Man sah damals allgemein in der Reichswehr das Symbol des Mordgeistes. Gegen sie richteten sich aller Anklagen. Dann kam das Gesetz zum Schutz der Republik, als Sondergericht für die nationalen Republikfeinde gefordert und empfohlen. Aber es wurde, da die Bourgeoisie die tatsächliche Macht in den Händen hielt, fast ausnahmslos — gegen die revolutionären Arbeiter vollstreckt. Keine neun Monate nach Rathenaus Ermordung saßen in der Regierung Cuno die ersten Freunde der Mörder.

*

Heute wird der Sturz der Republik von der gleichen Reichswehr durchgeführt, auf deren Antreten nach ihrem Mordsignal die Verschwörer der O.C. vor zehn Jahren gehofft hatten.

Das Spiel um Schwarzrotgold ist endgültig aus. Die Arbeiterschaft, die dem Leichenzug Rathenaus Ehren erwies wie keinem ihrer eigenen Großen zuvor, steht heute auf sich selbst gestellt den Faschisten gegenüber. Kein Wirth ist weit und breit im Bürgerlager sichtbar. Daß der Feind rechts steht, bei den legitimen Nachfolgern der Rathenaumörder um Hitler, ist eine Wahrheit, die aus Bürgermund heute nicht mehr billig ist.

Die Arbeiterschaft sollte heute, sich zur Abwehr um ihr rotes Banner geschlossen zu scharen, nicht mehr der Leiche eines demokratischen Ministers mehr bedürfen. Aber die Erinnerung an den Zusammenschluß vom Juni 1922 sollte davor warnen, sich wiederum wie damals auf bloße Demonstration zu beschränken und tagelang auf Weisungen von oben zu warten, die dann doch nie kommen.

Heute muß, wenn Rettung kommen soll, die Einheitsfront in der gemeinsamen Aktion geschaffen werden.

Ein akzeptabler ADGB-Vorschlag

Der Weg zur Einheitsfront — Erklärung des Bundesvorstandes

Der erfreulicherweise von Tag zu Tag sich steigernde Druck der breiten Arbeitermassen auf die Partei- und Gewerkschaftsführungen, endlich ganz konkrete Maßnahmen zur Herstellung der einheitlichen proletarischen Klassenfront gegen den Faschismus zu treffen, hat einen entscheidenden Erfolg gezeitigt. Nicht nur die KPD-Führung mußte gerade in den letzten Tagen Schritt für Schritt von ihrem starren Standpunkt „nur unter Führung der KPD" abweichen, auch die Führungen der SPD und jetzt des ADGB sind gezwungen, nachzugeben.

Hat der ADGB-Vorstand noch vor wenigen Tagen in seiner Bundesausschußsitzung den ganz bestimmt umrissenen Einheitsvorschlag der SAP in überheblichem Ton abgelehnt und nur „ein aufmerksames Ohr" für „ehrliches Einheitsbestreben" übrig gehabt, so sieht er sich jetzt gezwungen, in einer im „Vorwärts" veröffentlichten Erklärung unter der Ueberschrift „Der Weg zur Einheitsfront" ein sehr weitgehendes Einheitsangebot an alle Arbeiterparteien zu machen. In der Erklärung wird einleitend gesagt:

„Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Gedanke der Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterschaft in den Betrieben lebhaft erörtert.

Der Vorstand des ADGB ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht."

Es folgt dann eine teils danebengehende, teils berechtigte Kritik an den mit Kampfansage an den „Hauptfeind" versehenen Einheitsvorschlägen der KPD. Dann aber wird erklärt:

„Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Verunglimpfungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie während des Wahlkampfes ist die Mindestbedingung, die die Kommunistische Partei erfüllen muß, wenn der Vorstand des AGDB seinen Einfluß für die Bildung einer gemeinsamen politischen Abwehrfront in die Waagschale werfen soll. Es ist eine Forderung, auf die kein ehrlicher Befürworter der Einheitsfront verzichten kann.

Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. Sie müssen jedem, der den Bruderkampf in ihren Reihen mit den bisherigen verwerflichen Mitteln in Wort und Tat fortsetzt, unzweideutig klarmachen, daß er den Todfeinden der deutschen Arbeiterklasse den Weg zum Siege bahnt."

Die entscheidenden Stellen dieses Vorschlages halten wir für durchaus akzeptabel und wenn die KPD-Führung nicht von allen guten Geistern verlassen ist, dann geht sie darauf ein und nimmt die ADGB-Führung beim Wort. Was in diesem Vorschlag vorteilhaft von den bisherigen SPD-Vorschlägen (Künstler, Stampfer) abweicht, ist, daß nicht mehr die unerfüllbare Forderung auf „Unterlassen jeglicher Angriffe auf die SPD und ihre Führer" erhoben, sondern nur „freiwilliger Verzicht auf entehrende Angriffe" gegen Kampfgenossen und „Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Gewerkschaften" als „Mindestforderung" verlangt wird.

Auf dieser Basis **kann und muß** bei allen nicht zu vertuschenden Gegensätzen in deren sachlicher Austragung ein

Block aller Arbeiterorganisationen,

so wie wir das schon immer forderten, zustande kommen.

Wir fordern alle unsere Genossen auf, überall den ADGB-Vorschlag aufzugreifen und in jeder Arbeiter- und Gewerkschaftsversammlung darauf zu dringen, daß nun zur Tat, zu wirklich **gemeinsamen Kampfaktionen geschritten** wird. Gleichzeitig gilt es durchzusetzen, daß auf dieser Basis, als äußerer Ausdruck der einheitlichen Arbeiterfront im Wahlkampf die

gemeinsame Reichsliste bei der Reichstagswahl

zustande kommt.

Tagung der Reichsbahnbeamten

TU. Danzig, 21. Juni 1932.

Der 10. Verbandstag des Verbandes der Sekretäre, Assistenten, Betriebsassistenten und Anwärter der Deutchen Reichsbahn E. V. (ein ganz auf bürgerlichem Boden stehender Verband) schloß am heutigen Dienstag seine sachlichen Beratungen ab. Es wurden noch mehrere Entschließungen angenommen. U. a. wird den Bestrebungen widersprochen, **wichtige Teile des Eisenbahndienstes von der Reichsbahn abzutrennen und in private Verwaltung zu überführen.** Der weiteren Unterhöhlung des Berufsbeamtentums müsse Einhalt geboten werden. Ebenso wandte sich der Verbandstag gegen die Bestrebungen, daß Dienstverrichtungen, die bisher vom Beamtentum bezw. Anwärtern ausgeführt wurden, in Zukunft nur als Arbeiterdienst bewertet werden sollen.

Wer ist Kerrl?

„Einem Politiker muß es gleichgültig sein, welche Mittel er zum Erfolg anwendet, die Hauptsache ist der Erfolg selbst."

Dieser Satz kennzeichnet den Mann aus Peine, der jetzt auf dem Präsidentenstuhl des preußischen Landtages thront. Er hat ihn selbst in einer öffentlichen Versammlung in Peine gesprochen und — wie man ehrlicherweise zugestehen muß — sich auch stets und unablässig bemüht, diesem Grundsatz treu zu sein. In seiner engeren Heimat besitzt man hierfür Beweise in Hülle und Fülle. Anstelle von vielen, heute nur diesen Vorfall:

Kerrl hatte, um von sich reden zu machen, im November 1930 eine längere Eingabe an das preußische Staatsministerium gemacht und in dieser Eingabe die große Notlage der Stadt Peine geschildert. Darin nannte er neben einigen Zahlen aus dem städtischen Haushaltsplan u. a. auch die Zahl der Erwerbslosen. Diese Zahl hatte er sich am Tage zuvor von dem Lokalredakteur der „Peiner Tagespost" Blecher telephonisch unter dem ausdrücklichen Bemerken geben lassen, daß diese Zahl 2113 die Zahl der Erwerbslosen des Arbeitsamtsbezirks Peine, zu dem ja außer der Stadt Peine noch ein ganzes Teil der Dörfer des Kreises Peine gehören. Kerrl machte aber in seiner Eingabe an die Regierung diese Zahl der Erwerbslosen des Arbeitsamtsbezirks zur Zahl der Stadt Peine, um, wie er selbst in einer öffentlichen Versammlung im Kaisersaale sagte, seiner Denkschrift größeren Nachdruck zu verleihen. In diesem Zusamemnhang fiel denn das oben vorangestellte Bekenntnis zur Lüge.

Unser Genosse Altenhoff bekam vom SPD-Vorstand den Auftrag, Kerrl wegen obengenannter wissentlicher Lüge in einer Versammlung anzuprangern. Er hat es auch in einer öffentlichen Versammlung (30. November 1930 Schützengilde) getan.

und Kerrl einen wissentlichen Lügner

genannt. Die Versammlung war von 1500 Arbeitern besucht. Ganz Peine sprach von diesem Fall. Kerrl strengte Beleidigungsklage an. Prozeß fand 3/4 Jahr später, am 23. September 1931, statt. Altenhoff wurde wegen formaler Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Kerrl wurde die Befugnis zugesprochen, das Urteil in den beiden hiesigen Käseblättern und in der Hann. Nazizeitung zu veröffentlichen, hat aber in den beiden Peiner Zeitungen keinen Gebrauch davon gemacht. Warum? **Nun, in der mündlichen Urteilsbegründung führte der Richter Dr. Schmedes aus, daß es für das Gericht durch Zeugenaussagen (Zeugen waren Strodthoff, Blecher und Pöttes, alle drei vereidigt)**

erwiesen sei, daß Kerrl wissentlich die Unwahrheit gesagt habe.

Trotzdem müsse wegen formaler Beleidigung der Angeklagte usw. Kerrl hat zu dem Urteil in einer öffentlichen Versammlung nur gesagt, daß der Richter Dr. Schmedes — übrigens auch stark naziverdächtig — „im dritten Reich Steine karren müßte".

Schafft Munition!

Der Wahlkampf kostet Geld, Geld, Geld!

Ortsgruppe Forst-Lausitz hat als erste einen namhaften Betrag auf Sammellisten abgeliefert. Wer macht's nach?

Kriegszustand in Chile

Santiago de Chile, 21. Juni 1932.

Von den Anhängern des bisherigen Juntamitgliedes Grove wurde am Montag der Generalstreik erklärt. Die jetzigen Machthaber beantworteten ihn mit der Erklärung des Kriegszustandes. Der Eisenbahnverkehr vollzieht sich unter militärischem Schutz, die Straßenbahnen in Santiago fahren unter polizeilicher Bedeckung. Die Sicherheitsorgane haben Anweisung, nachts ohne weiteres scharf zu schießen.

TU. London, 21. Juni 1932.

Wie aus Santiago de Chile berichtet wird, haben in der vergangenen Nacht heftige, aber erfolglose Angriffe von Zivilisten auf die Polizei stattgefunden. Die Straßen sind mit Toten und Verwundeten bedeckt. Zehn Polizisten wurden getötet. Ueber die Höhe der Verluste der Zivilisten sind keine Angaben veröffentlicht worden. Am Tage wurde die Ruhe wiederhergestellt.

Chile erklärt Moratorium

Santiago de Chile, 21. Juni 1932.

Die Regierung hat ein Moratorium erklärt. Wenn die Schuldenzahlungen gesichert sind, sollen in den ersten beiden Vierteljahren je 5 v. H. und in dem folgenden Vierteljahr 10 v. H., andernfalls sollen je Vierteljahr 20 v. H. gezahlt werden.

Eine „Abrüstungs-Botschaft" Hoovers

TU. Genf, 22. Juni 1932.

Unter atemloser Stille verlas der amerikanische Botschafter Gibson am Mittwoch nachmittag in der Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz eine Botschaft Hoovers, die eine Abrüstung sämtlicher Rüstungen in der Welt mit Ausnahme der Rüstungen Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens um ein Drittel vorschlägt. Ferner sollen sämtliche Tanks, die chemischen Kriegswaffen und die schwer bewegliche Artillerie abgeschafft werden. Sämtliche Staaten sollen eine Armee anschaffen, die den politischen Notwendigkeiten entspricht. Auf dem Gebiet der Militärluftfahrt sollen die Bombenflugzeuge ganz abgeschafft werden. Die Gesamttonnage der Linienschiffe soll um ein Drittel, die der Flugzeugmutterschiffe um ein Viertel abgerüstet werden. Kein Staat soll mehr als 3000 (!) Unterseeboote besitzen.

*

Die bürgerliche Presse wird nicht verfehlen, Hoover dieser neuen Botschaft wegen als Friedensapostel zu verherrlichen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine bessere Anpassung der Rüstungskosten an die durch die Krise erschütterte Finanzlage der kapitalistischen Staaten, da ihnen anders der Zusammenbruch droht. So ist diese Erklärung weit weniger ein Dokument des wachsenden Friedenswillens als vielmehr ein neues Signal der Zerrüttung, der der Kapitalismus entgegengeht.

Die SAJ stellt sich um

Im „Vorwärts" vom 22. 6. findet sich unter den Organisationsnachrichten der SAJ folgendes Kuriosum:

Gruppe: Friedrichshagen: „Einführung in den Faschismus".

Wir haben es ja immer gesagt, nicht nur der Vorstand des Metallarbeiterverbandes türmt nach Stuttgart, nein, auch die unteren Schichten der Sozialdemokratie bereiten sich vor, um dereinst würdig vor den Augen „Adolfs des Großen" bestehen zu können.

Aus der Partei

Aus Köln wird uns von der Bezirksleitung geschrieben: Am Sonntag, dem 19. Juni, stand in der „Roten Fahne" ein Aufruf, der u. a. auch von Hanns Mayer, Köln, unterzeichnet war. Wir teilen mit, daß gegen H. M. ein Ausschlußverfahren seit dem 15. Juni läuft, das heißt, daß die Mitgliedschaft seit dem Zeitpunkt ruht. Gegen M. liegt eine Menge Material vor, das von seiner zersetzenden Tätigkeit innerhalb der Partei zeugt. M. ist ebenfalls seit einigen Monaten Mitglied der KPO.

Beilage zur SAZ

Nr. 141. Jahrg. 1932
Donnerstag, 23. Juni 1932

Aus dem Arbeitslosenleben

Von Fred Wegner

Ein Zwischenfall

Da hat kürzlich ein Arbeitsloser ein paar Schaufensterscheiben mit Steinen eingeworfen. Natürlich wurde er festgenommen und eingesperrt. Aber das war nur ein kleiner Zwischenfall. Diese Verzweiflungstat des Arbeitslosen steht sicher weit zurück hinter der seelischen Zerrüttung, die ihn dazu trieb. Sie war nur der explosive Ausbruch eines tage-, vielleicht wochenlangen Grübelns. Was alles wird sich wohl vor dieser Tat an Verzweiflung und Rebellion, an Lebensüberdruß und doch stark em Lebenswillen in diesem Menschen zusammengeballt haben, ehe er zu diesem Akt „unvernünftiger" Zwecklosigkeit schritt? Keiner weiß das. Nur der oder jener fühlt vielleicht die Größe dieser Tragödie, hört diesen Aufschrei aus materieller und seelischer Not.

Es sollte nicht darüber moralisiert werden. Die bürgerliche Welt vernimmt mit halberschrecktem Ohr die Verzweiflungsstimmung eines Arbeitslosen — um sie totzuschweigen. „Ein unangenehmer Zwischenfall ereignete sich gestern am Altmarkt in Dresden", schreibt vielleicht dies oder jenes bürgerliche Blatt, um mit Rekordsport- und Modenschau, mit Seebadprospekten und Weekendankündigungen die ein wenig erregten Nerven seiner Leser zu beruhigen.

Das Heer der Arbeitslosen stöhnt auf. Viele, die nun schon zwei oder drei Jahre auf der Straße liegen, wußten bisher nach außen ihre Verzweiflung zu verbergen. Und doch wissen wir, wenn nicht bald helfende Arme, Arme, die stark genug sind, ein ganzes Wirtschaftssystem zu beseitigen, eingreifen, dann werden Hunderttausende von Menschen hilflos am Abgrund stehen.

Auf der Fürsorgestelle

Jeden Morgen schwängert schlechter Tabaksqualm die Luft des Vorraumes der Fürsorgestelle. Zusammengedrängt warten die Unterstützungsempfänger auf ihre paar Kröten. Die heruntergekommenen Gestalten kennen sich bald alle. Ihre schäbigen, oft zerrissenen Kleider, auf denen die Flecken billiger Suppen klecksen, stempeln sie zu einem einheitlichen Typ verlorener Menschen. Der Männer stoppelbärtige Gesichter sind hager und eingefallen, hohlwangig und blaß sind die müden Gesichter der Frauen. Eine Galerie des Elends tut sich dem erschrockenem Blick des Unbeteiligten auf.

Bunt durcheinandergewürfelt treffen sich hier seit langem die erwerbslosen Angehörigen eines jeden Berufes. Hier gibt es keine Berufsunterschiede mehr. Keiner hat irgendein Vorrecht vor dem anderen. Die schmutzige und zerrissene Kleidung macht sie alle gleich. Ihre gegenseitige Begrüßung endet oft mit einem derben Fluch. Der Mann, der eben erst da drüben auf dem Schoß einer Frau saß, schimpft jetzt mit dem Beamten, dem er Ohrfeigen androht. Schon manchmal hat es hier Prügel gegeben.

Aus dem Zimmer nebenan klingelt das Aufzählen der Essenmarken. Sieben Marken ergeben eine Woche lang billigen Mittagsfraß, über den die Fürsorgeempfänger immer schimpfen. Sie schweigen niemals. Sie rebellieren, bis es ihnen selbst zwecklos erscheint.

Mancher von ihnen verkauft seine Eßmarken wieder. Dafür gibt es trockene Brötchen und Zigaretten. Zigaretten helfen über den Hunger hinweg. Aber wie lange?

Die Volksküche

Mit besonders asthetischen Gefühlen darf keiner hineingehen, denn hier lauft das Elend in menschlicher Gestalt umher. Bürgerlicher Anstand ist schon längst aus diesen „Volkswohlheimen" herausgebracht worden. Die Umgangsformen verlorener Menschen sind oft derb und häßlich. Alte und junge Menschen sitzen von morgens bis abends an den grob gehobelten Tischen und spielen Karten. Mancher hat noch ein paar Pfennige zu verspielen. Andere setzen hier ihren Mantel in Geld um, denn es ist wärmer geworden. Zu was auch braucht ein Arbeitsloser einen Mantel?

Die Unterhaltung in diesen tabakverqualmten und schweißdunstigen Räumen ist laut und erregt. In der Hauptsache kommen hier nur Stammgäste zusammen. Jeder Neue wird mißtrauisch von oben bis unten gemustert. Und niemand weiß, über welchem Plan die Männer an dem schmierigen Tisch da drüben brüten.

Den ganzen Tag halten sich die meisten hier auf und warten, bis sie der Hausknecht am Abend hinauswirft. Dann beginnt mancher von ihnen sein „Tagewerk", denn er will Geld verdienen. Die Art des „Geldverdienens" ist in manchem verschieden, jedoch einheitlich in dem einen: Sie verstößt immer gegen die Gesetze der bürgerlichen Welt. Da gibt es kein Warum, sondern nur ein Schuldig deiser fluchwürdigen Gesellschaft.

Mädchen bieten sich hier an. Am Abend gehen sie mit flüchtigen Bekanntschaften nach den nahen Anlagen der Stadt. Sie haben einen Erwerb gefunden.

Alle diese Menschen sind durch ein Meer von Leid geschwommen, Schiffbrüchige, die diese fremde Insel mitleidig aufnahm. Aber an ihren Gestaden geht einer nach dem anderen zugrunde.

Ein Arbeitsloser erzählt . . .

„Von Zeit zu Zeit sinne ich über mein Leben nach. Ich liege nun schon zwei oder drei Jahre auf der Straße. Ich weiß es nicht genau. Oft mache ich mir recht trübe Gedanken über meine Zukunft. Wie dann die grenzenlose Mutlosigkeit in meinem Innern frißt, vermag ich nicht zu sagen.

Sonntags gehe ich nie aus, da meine schäbigen Kleider in der Menge gutgekleideter Menschen nur unangenehm auffallen. Mich packt auch ohnmächtige Wut, wenn die anderen aus Konzerten und Theateraufführungen kommen, wenn sie an reingedeckten Tischen feiner Kaffeehäuser und Restaurants sitzen, um ihren Bauch zu pflegen. Ich stehe draußen vor dem Fenster, eine schlechte Zigarre, die ich mir vor irgendwem gefochten habe, im Mund. Mein Blick in die Zukunft wird trüber und trüber, es bleibt nichts als leere Verzweiflung, die andere Menschen wohl niemals begreifen können.

Es geht mir, wie es Charlie Chaplin in seinen Filmen immer geht. Immer bin ich der Letzte im Leben, immer komme ich zu spät.

Lerne ich im Dunkel des Abends ein Mädchen kennen, dann will es immer der tückische Zufall, daß dann, gerade dann eine Laterne oder ein hellerleuchtetes Schaufenster in der Nähe ist. Und in dem Augenblick, in dem das Mädchen ja nickt, sieht sie an meiner schäbigen Kleidung herunter und sagt Nein. Aber das ist nicht schlimm. Einmal hatte ich Arbeit bekommen, da hielt mich am Fabriktor die Polizei auf, weil ich zwei Tage vorher in meiner Verzweiflung gestohlen hatte. Ein Freund schenkte mir ein anderes Mal ein paar Mark. Dafür wollte ich meine Taschenuhr vom Leihamt zurückholen. Als ich hinkam, war es zu spat, die Leihfrist war zwei oder drei Tage überfällig.

So geht es mir immer. Monat für Monat und — vielleicht in Zukunft Jahr für Jahr, ein ganzes Leben lang.

Es geht mir tatsächlich, wie es Charlie Chaplin in seinen Filmen immer geht. Oder hat Chaplin seine Filme meinem Leben abgeguckt?"

„Halte den Kopf oben, denn Chaplin, der Schwache, der Gequalte, bleibt immer Sieger über die scheinbar so starke Macht dieser bürgerlichen Welt. Auch wir werden sie besiegen."

Schmeling niedergeboxt

Volkstrauertag für Deutschland

New York, 22. Juni 1932.

Vor 70 000 Zuschauern fand der Kampf um die Weltmeisterschaft im Schwergewicht zwischen Sharkey und Schmeling im neu erbauten Stadion von Long Island statt. Nach fünfzehn Runden war Schmeling besiegt.

Die Niederlage ihres Landsmanns wurde von den Deutschen der New Yorker Kolonie mit einem Pfeifkonzert begleitet.

Die deutsche bürgerliche Presse ist tief betrübt. Und die Zuschauer müssen es erst gewesen sein; dafür haben sie bis zu 80 Dollar für den Platz bezahlt?...

Ziegenbock bleibt Ziegenbock

„Wissenschaft" auf dem Brocken

Bad Harzburg, 22. Juni 1932.

Unter starkem Andrang des Publikums von nah und fern fand in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf dem Brocken die vielbesprochene „Schwarze Messe" der englischen „Gesellschaft für psychische Erforschung" statt. Es handelte sich darum, daß auf Grund eines alten magischen Manuskripts ein Ziegenbock in einen Jüngling verwandelt werden sollte. Der Vollmond, dessen Schein zum Gelingen des Experiments notwendig war, war von Wolken verhüllt, und dichte Nebelschwaden zogen über den Brockengipfel. Nachdem der Vorsitzende der englischen Gesellschaft, Price, den „Sinn" des Experiments dahin erläutert hatte, daß seine Gesellschaft weder Geld noch Mühe scheue, um die okkultistische Wissenschaft zu erforschen, sammelten sich um Mitternacht die Teilnehmer um den „magischen Kreis". Ein lodernder Holzstoß erhellte die seltsame Szene. Fräulein Gordon, die „reine Jungfrau", stand mit dem Hexenmeister und einem weißen, jungen Ziegenbock in dem Kreis. Weihrauch wurde entzündet, und Mister Price sprach die vorgeschriebenen Zauberformeln. Nachdem die vorgeschriebenen Handlungen durchgeführt waren, wurde über den Ziegenbock ein weißes Laken gebreitet. Nach der Vorschrift sollte jetzt in dem magischen Kreis ein Geist sichtbar werden, während aus der Richtung von Kassel ein Licht aufsteigen sollte. Nichts dergleichen geschah. Als man nach der vorgeschriebenen Zeit das weiße Laken aufgehoben hatte, war der Ziegenbock immer noch ein Ziegenbock. Man tröstete sich mit dem Gesang der englischen und deutschen Nationalhymne.

Nationalsozialistische Studentenkrawalle in Frankfurt

Wegen des Uniformverbots

Frankfurt a. M., 22. Juni 1932.

Heute vormittag kam es in der Frankfurter Universitat zu Ausschreitungen nationalsozialistischer Studenten, die die sofortige Schließung der Universität notwendig machten. Es war ein

planmäßig organisierter Krawall,

der sich gegen ein vom Rektor erlassenes Uniformverbot richtete und solche Formen annahm, daß das Ueberfallkommando eingreifen und die Universität säubern mußte.

Der Tumult setzte sich dann weiter auf der Straße fort. Die Polizei hatte, obwohl sie in beträchtlicher Starke vertreten war, die größte Mühe, Herr der Lage zu bleiben, da die SA-Leute die Straßen auch vor der Polizei abriegelten. Hinter diesem Uniformwall entwickelte sich dann ein regelrechter Straßenkampf, bei dem u. a. ein Polizeibeamter durch einen Messerstich in das Genick verletzt wurde.

Wie man mit Proleten-Kindern umgeht

In Kl. Kiesow-Kolonie bei Greifswald lebt der Landarbeiter Will. Wie es heute dem pommerschen Landarbeiter geht, ist nicht mehr zu beschreiben. Diese Landproleten wissen nicht mehr, wie sie vor Hunger in den Schlaf kommen sollen.

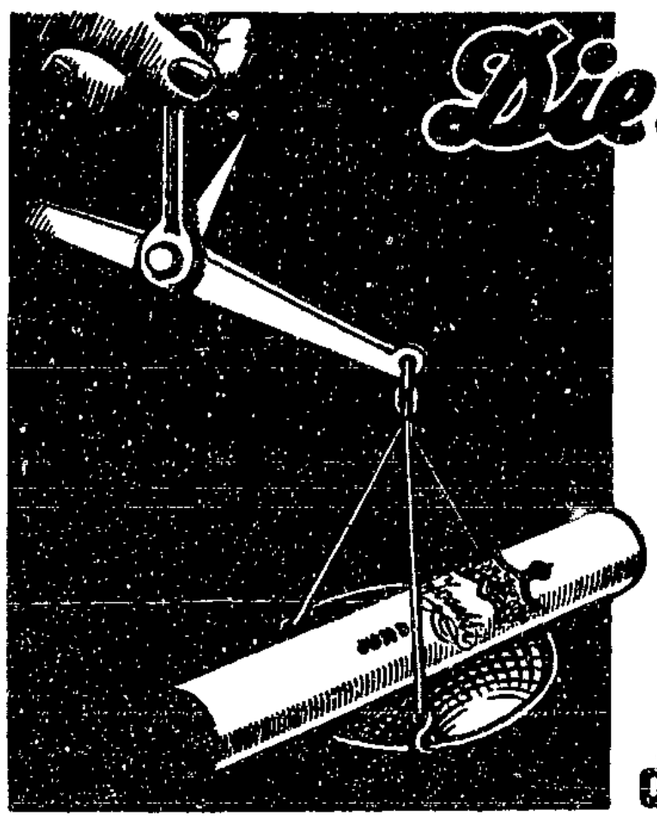
Will hat ein ein Jahr altes Kind. Am Mittwoch morgen stellen sich bei dem Kinde Krankheitserscheinungen ein. Der besorgte Vater bestellt deshalb morgens 9 Uhr den zuständigen Arzt Dr. Kantner, Brüssow-Berg. Die um ihr Kind besorgte Familie wartet den ganzen Tag auf den Arzt. Das Kind des Proleten krümmt sich vor Schmerzen. Die Eltern müssen zuschauen, ohne helfen zu können. Abends um 7 Uhr wird der Arzt nochmals telephonisch gebeten zu erscheinen. Es kommt der Bescheid, Dr. Kantner sei unterwegs. Wiederum warten die Eltern. Kein Arzt erscheint. Endlich nachts um 2 Uhr erscheint Dr. Kantner im Auto im Dorf. Neben ihm im Auto die Gutsbesitzerstochter aus Kressin. Durch sein lärmendes Auftreten alarmiert er das ganze Dorf. In der Wohnung des Will reist er eine Vase vom Tisch. Jetzt merkt man, daß Dr. Kantner sich im **angetrunkenen Zustand** befindet.

Man zeigt ihm das Kind. Ohne das Kind zu untersuchen, ohne es überhaupt zu berühren, schreit er den Eltern entgegen: **„Das Kind ist ja gar nicht krank, es ist ja kerngesund, ihr habt es nur im eigenen Mist umkommen lassen."** Als hierüber die Eltern mit Recht ihren Unwillen deutlich bekundeten, bedachte Dr. Kantner sie mit unflätigen Redensarten und rief schließlich beim Verlassen des Zimmers wütend: **„Wenn Ihr nochmals bei mir anruft, zur Kolonie komme ich nicht wieder, und wenn Ihr verblutet."**

Am nächsten Tage fuhr Will mit seinem Kinde nach Greifswald. Der untersuchende Arzt stellte Magenkatarrh und Faulschwamm fest.

Landproleten, lernt aus diesen Zuständen. Wacht auf und greift zu.

A. Hannemann.



Die Leistung gibt den Ausschlag

für die Beliebtheit der Juno!

Nur was in ihr steckt,

die Frische ihrer köstlichen Tabake und ihr volles Format, schätzen die Kenner!

Weil den Packungen der

JUNO

weder Wertmarken, noch Gutscheine oder Stickereien beigegeben sind, gewährleisten wir

die beste Qualität jeder Juno Cigarette!

Hamburg

Rote Einheitsfront muß werden! Auch in Hamburg scheint sich bei den kommunistischen Arbeitern die Erkenntnis durchzusetzen, daß sie allein den Kampf gegen das Hakenkreuz nicht führen können. Zentral, also für ganz Hamburg, blieben bis heute alle Bemühungen um einheitliche Aktionen der gesamten Arbeiterklasse fruchtlos. Insbesondere haben KPD- und Kampfbund-Leitung noch nichts gelernt. Denn in dem Offenen Brief in der „Hamburger Volkszeitung" vom 15. 6., mit dem man ein Angebot unserer Ortsleitung beantwortete, bezeichnete man die SAP immer noch als „linke Filiale des Sozialfaschismus" und verstieg sich sogar zu der Behauptung, die SAP besorge die Geschäfte des Faschismus. Trotzdem haben in verschiedenen Stadtteilen Fühlungnahmen stattgefunden zwischen Schutzbund- und Kampfbund-Arbeitern, die im Stadtteil Hammerbrook bereits zu einem vorbereitenden Kampfausschuß geführt haben (bestehend aus je zwei Vertretern des Kampf- und des Schutzbundes und einem Vertreter der ISK). Besprechungen verschiedener Organisationsangehöriger führten zum Beschluß, Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Volksheim Sachsentreue eine öffentliche antifaschistische Versammlung durchzuführen. Eintritt 10 Pf. Es soll ein überparteiliches Kartell gebildet werden. Auf dem Programm steht als Hauptpunkt der Kampf gegen das Hakenkreuz. Leider wird von der SPD und dem Reichsbanner trotz kameradschaftlicher Einladung an die Mitglieder und Stadtteilleitungen noch jede Einheitsbestrebung sabotiert. Wir müsen aber unsere Bemühungen weiter fortsetzen, um den Mitgliedern der Eisernen Front klarzumachen, daß ihr Kampf allein den Faschismus nicht schlägt, sondern nur gemeinsame Klassenaktionen zum Erfolg führen. Bereit erklärt haben sich bis jetzt zur Mitarbeit u. a. von Hammerbrook: KPD, SAP, SJV, KJV, Kampfbund, Schutzbund, JSK und PAG. Wir fordern unsere Genossen auf, die erste gemeinsame antifaschistische Versammlung am Donnerstag zu besuchen. Je einem Vertreter der proletarischen Parteien und des ISK ist gleichmäßige Redezeit zugesichert, außerdem freie Aussprache. Bringt sympathisierende Sozialdemokraten und Gewerkschaftler mit! Werbt überall für gemeinsame antifaschistische Demonstrationen der gesamten Arbeiterklasse!

Düsseldorf

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Zweigverein Düsseldorf, versendet ein Rundschreiben in der er folgende Notiz aus der „Volksparole" vom 7. 5. d. J. wiedergibt:

„Deutschbewußte Wirte und Caféhausbesitzer!

Eine Kommission der Betriebszelle „Gasthausangestellte" der NSBO Ortsgruppe Düsseldorf, hat bei dem hiesigen Arbeitsamt folgendes erreicht:

Benötigt ein Wirt oder Kaffeehausbesitzer einen Kellner oder eine Aushilfe, und wünscht besonders ein Mitglied der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation „Gasthauszelle", so stellt ihm das Arbeitsamt ein Mitglied unserer Organisation zur Verfügung.

Wir bitten die Wirte, von dieser Vereinbarung Gebrauch zu machen und darauf zu achten, daß vom Arbeitsamt diese Vereinbarung gehalten wird. Telephonischer Anruf beim Arbeitsamt genügt. Evtl. Beschwerden sind zu richten an die NSBO, Ortsgruppe Düsseldorf, Immermannstr. 4 (Abt. Gasthausangestellte)."

Wir richten an dieser Stelle an den stellvertretenden Vorsitzenden des Düsseldorfer Arbeitsamtes Schum (Mitglied der SPD) die Frage, wie er sich zu dieser Vereinbarung zwischen der NSBO und dem Arbeitsamt stellt.

Duisburg

Eine Kundgebung der Eisernen Front fand am Montag in der Tonhalle statt, die angesichts der gespannten politischen Situation bis zum letzten Platz besetzt war. Als Referent des Abends war Landesrat Gerlach-Düsseldorf vorgesehen, der sich in 1½stündiger Rede über das Thema „Sollen Generale, Barone und Industrieherren das deutsche Volk regieren?" äußerte. Er sprach u. a. von der Sterbestunde des Kapitalismus, dessen bezahlte Handlanger verzweifelte Wiederbelebungsversuche anstellen würden, um das Leben des Sterbenden künstlich zu verlängern. Leider „vergaß" Gerlach dabei, daß die SPD noch vor kurzem stolz darauf war, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen, um ihn zu heilen. Aufgabe aller Volksgenossen sei es, eine geschlossene Phalanx zu bilden, um dem Ansturm des Faschismus, der nur zum Bürgerkrieg führte, und von welchem wir in den letzten Tagen bereits einen üblen Vorgeschmack bekommen hätten, ein Paroli zu bieten. Diese Möglichkeit sei nur in der Eisernen Front gegeben. Durch die Zersplitterung der Arbeiterschaft sei die erfolgreiche Bekämpfung des Faschismus leider in Frage gestellt, und die Kommunisten seien die Schuldigen, wenn der Erfolg ausbleibe. Die SAP sei ein Krebsschaden für das Volk. Erheblicher Widerspruch gegen diese Ausführungen wurden laut, die Gerlach in unzweideutiger Weise daran erinnerten, daß die SPD durch Unterstützung der Wahl Hindenburgs die Geister gerufen habe, die sie heute nicht los wird. Daß die Angriffe des Redners auf KPD und SAP nicht geeignet waren, eine Plattform zu schaffen, auf welcher das Proletariat, unbeschadet abweichender Meinungen, einen erfolgreichen Kampf führen kann, bedarf keiner besonderen Darlegung. Hoffen wir, daß die Arbeiterklasse noch vor dem 31. Juli — wenn nötig, über die Köpfe der Führerschaft hinaus — diesen Weg findet, um so mehr, als für theoretische Haarspaltereien keine Zeit mehr zu verlieren ist.

Braunschweig

Der Polizei-, Innen- und Volksbildungsminister Klagges hat eine ganz besonders gehässige und raffinierte Methode, Arbeiterorganisationen zu schädigen. Der Volksfilmverband wollte in seinem Filmabend am Dienstag den russischen Großfilm „Panzerkreuzer Potemkin" laufen lassen. Am Dienstag letzter Woche war er ordnungsgemäß angemeldet, am Donnerstag polizeilich genehmigt worden. Drei Stunden vor der ersten Aufführung erhielt nun der Vorsitzende des VFV plötzlich vom Polizeipräsidium den Bescheid, daß die Filmvorführung verboten werden müsse, weil Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu befürchten sei. Daß die Vorführung eines schon mehrere Jahre alten Filmes die klaggestanische Republik erschüttern könnte, das leuchtet zwar einem proletarischen Schädel nicht ein, aber wir haben einen weisen obersten Polizeiherrn, der verantwortungsbewußt handelt. Auf Protest und Hinweis darauf, daß bei den Veranstaltungen des VFV noch nie etwas vorgefallen sei, auf das Angebot, statt der öffentlichen eine geschlossene Vorstellung nur für Mitglieder durchführen zu wollen, wurde die kluge Antwort erteilt: ja, es könnte doch aber auf der Straße etwas geschehen! Dafür sei die Polizei da? Nun, man solle es getrost der Polizei überlassen, ihre Kräfte abzuschätzen. Man merkt die Absicht und — erteilt hoffentlich bald die richtige Antwort! — Auch die Kommunistische Partei wurde wieder einmal durch die besondere Aufmerksamkeit der Klaggespolizei geehrt. Nach einer Demonstration am Dienstag durch die Braunschweiger Arbeiterstraßen fand abends im Konzertsaal eine gut besuchte Versammlung mit Maria Reese statt. Die Genossin Reese hatte etwa eine halbe Stunde gesprochen, da löste der überwachende Polizeioffizier die Versammlung auf. Warum? Sie hatte von ihren Erlebnissen in der UdSSR erzählt, von einer bewaffneten Arbeiterdemonstration in Rußland berichtet und die Frage aufgeworfen, was wohl im Hindenburg-Deutschland geschehen würde, wenn die Arbeiter nur mal 24 Stunden bewaffnet würden. Diese Fragestellung ist in Nazi-Braunschweig verboten. Der Offizier tat seine „Pflicht". Und die von der Versammlung heimkehrenden Arbeiter wurden mit dem Gummiknüppel traktiert. — Der „Volksfreund" kündet in dicken Lettern eine Demonstration der Eisernen Front für Donnerstag an. Man will den Nazi-Maulhelden zeigen, wem die Straßen gehören. Wir tippen: die Demonstration wird aus bekannten Gründen verboten — und die Eiserne Front marschiert nicht.

Westfalen-Süd rüstet zur Reichstagswahl

Seydewitz, Rosenfeld, Ledebour Spitzenkandidaten

Dortmund, 22. Juni 1932.

Wie wir unsere Ziele in die Massen tragen, wie wir die letzte Ortsgruppe und das letzte Mitglied für diese propagandistische Arbeit mobilisieren und wie wir den Kampfeswillen der Arbeiterklasse für den außerparlamentarischen Kampf stärken und den Gedanken der proletarischen Einheitsfront vertiefen — das wird die hauptsächlichste Arbeit der Sozialistischen Arbeiterpartei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen sein. Mit diesen Worten leitete Genosse Decker-Dortmund als Vorsitzender des Bezirks Westfalen-Süd den außerordentlichen Bezirkstag ein, der in Dortmund im Volkshaus tagte und sich lediglich mit den Reichstagswahlen befaßte. Und um es vorwegzunehmen, was Genosse Decker als unsere Aufgabe bezeichnet hatte, fand, wie die von tiefem Ernst und bestem Kampfesgeist getragenen Verhandlungen zeigten, bei allen Delegierten ein kräftiges Echo.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Referat des Genossen Zöllig-Düsseldorf über die Bedeutung der Reichstagswahlen für das Proletariat. In großen Zügen umriß Genosse Zöllig die Vorgänge der letzten Wochen und Monate. Was gegenwärtig ist, kommt nicht von ungefähr. Es ist die Folge der falschen Politik, die die beiden großen proletarischen Parteien seit Jahren getrieben und auf deren Verkehrtheit wir immer wieder hingewiesen haben. Auf der einen Seite die falsche Koalitions- und Tolerierungspolitik, die „Staatsbejahung" der SPD, ihr Bestreben, Arzt des Kapitalismus zu sein, auf der andern Seite der Nationalbolschewismus und die verhängnisvolle Politik gegenüber den Gewerkschaften seitens der KPD. Durch beide Methoden veranlaßt, sehen wir ein Abwandern unklarer Schichten des Proletariats ins Hitler-Lager. Das Schlimmste war die Parole der Eisernen Front bei der Reichspräsidentenwahl, „Wählt Hindenburg und ihr schlagt Hitler!". Und wie reagiert die Eiserne Front, nachdem der „Garant der Demokratie" Groener und Brüning ausgeschifft, das Kabinett Papen eingesetzt und das SA-Verbot aufgehoben hat? Ernst Heilmann freut sich wie Hans im Glück, daß die SPD sich jetzt nicht mehr den Kopf zu zerbrechen hat, und Höltermann proklamiert, genau wie Hitler, die nationale Einheitsfront. Die Arbeiter denken anders darüber, und Aufgabe der SAP im Reichstagswahlkampf wird es sein, dem Denken der Arbeiter eine bestimmte Richtung zu geben. Vor allem wird es unsere Aufgabe sein, gerade in diesem Wahlkampf den Gedanken der Klassenfront in den Vordergrund zu rücken, zumal durch den Stimmzettel eine Rettung der Arbeiterschaft nicht erzielt werden kann. Wenn wir auch als Partei mit eigenen Listen in den Wahlkampf treten, höher als der Erfolg der Partei steht uns die Klasse. Darum auch unser Angebot auf Listenverbindung und darum auch das leider erfolglose Angebot unserer Partei an den Vorstand des ADGB, die Initiative zu ergreifen für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront. Werden diese Versuche von den andern abgewiesen, so trifft diese andern die Schuld an den Folgen, die daraus der Arbeiterklasse erwachsen.

Im Anschluß an das Referat des Genossen Zöllig behandelte Genosse Decker die Frage der Finanzierung und Organisierung des Wahlkampfes, ein Thema, das Genosse Baucke durch besonderen Hinweise auf den Finanzierungsplan der Bezirksleitung ergänzte.

In der Aussprache wurden die Ausführungen des Genossen Zöllig zum Teil unterstrichen, und es wurde unter anderm darauf hingewiesen, daß SPD und KPD durch die Weigerung der Listenverbindung mit uns und untereinander die Mehrheit der Nationalsozialisten im oldenburgischen Landtag ermöglicht haben.

Als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlen wurden aufgestellt die Genossen Seydewitz, Rosenfeld und Ledebour.

Cöthen

SPD zerschlägt Einheitsfront. In der letzten Woche sollte in Cöthen in einer gemeinsamen Versammlung der proletarischen Parteien in der Stadthalle die rote Einheitsfront geschaffen werden. Der kommunistische Redner, Reichstagsabgeordneter Hörnicke, begründete in sachlicher Weise die Notwendigkeit der roten Einheitsfront und bewies an dem Beispiel mehrerer anderer Orte, daß diese wohl zu schaffen ist. Im Gegensatz zu den sachlichen Ausführungen des Referenten beschimpfte der erste kommunistische Diskussionsredner die SPD in einer Weise, die eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien unmöglich macht. Im Gegensatz hierzu forderte ein weiterer kommunistischer Redner die Proleten auf, das Trennende zurückzustellen. Der sozialdemokratische Redner bedauerte den schlechten Besuch der Versammlung; er vergaß, daß dies die SPD verschuldet, die in ihrer Presse ihre Anhänger dauernd auffordert, gegnerische Versammlungen zu meiden. Der Genosse fordrte ferner, Proleten, die von der faschistischen Front ins proletarische Lager zurückgefunden haben, nicht ohne weiteres in die Einheitsfront aufzunehmen. Die Aufforderung, daß die Frauen aus der zu schaffenden gemeinsamen Kampffront auszuschließen wären, lehnen wir ab. Ein parteiloser Genosse schlug vor, die Gewerkschaften zur Führung im antifaschistischen Sinne auszubauen. Als letzter Redner sprach der sozialdemokratische Genosse Albrecht, Mitglied des provisorischen Aktionsausschusses, und erklärte, daß er sein Amt niederlegen würde, weil seine Partei durch die kommunistischen Redner schwer beleidigt worden sei. Durch diese falsche, persönliche Empfindlichkeit hat die SPD auf längere Zeit die proletarische Einheitsfront in Cöthen unmöglich gemacht.

Weimar

Ein antifaschistisches Kartell besteht unter Führung der SAP und KPDO mit 10 Gewerkschaften, Sportkartell und Freidenkerorganisationen Weimar. ADGB, SPD und KPD haben bisher ihre Mitarbeit versagt. In einer disziplinierten Klassenwehr wird der Einheitsfront sichtbar Ausdruck verliehen. Erfolgreiche Aufmärsche bei der Reichspräsidentenwahl und bei den März- und Maifeiern zeigten der Weimarer Arbeiterschaft, daß die Plattform gemeinsamen Handelns gefunden ist. Die KPD hat neuerdings ein provisorisches Einheitskomitee gebildet und damit jetzt begonnen, wo wir bereits vor sechs Monaten angefangen haben. Spät kommt sie — aber sie kommt doch. Wir wollen keine Worte mehr über diese selbstgefällige revolutionäre Bummelei verlieren, sondern nur feststellen, daß der von SAP und KPO gewählte Weg richtunggebend für die Weimarer Arbeiterschaft gewesen ist. Das provisorische Einheitskomitee und das antifaschistische Kartell haben den Versuch unternommen, gemeinsam ein Ganzes zu bilden und eine neue Leitung zu wählen. Dagegen wettert die KPD und verlangt als Prämie für Nachlässigkeit in revolutionären Aktionen die unbedingte Befehlsgewalt. Ein solches Ansinnen ist nur bei Stäben üblich, wird aber bei einer revolutionären Front, wie sie hier vorliegt, wirkungslos bleiben. Die KPD hat zunächst verhindert, daß eine einheitliche Leitung gewählt werden konnte; nur das Versprechen wurde vereinbart, daß bei gemeinsamen Aktionen die beiden Leitungen miteinander in Verbindung treten. ADGB und AFA sind inzwischen ebenfalls aus dem Dämmerzustand gefallen und rufen gemeinsam mit Kriegsbeschädigten und Zentralverband der Invaliden zu einer Demonstration und Kundgebung für Donnerstag, 23. Juni, 19 Uhr, auf. Wir fordern unsere Genossen auf, restlos an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Es ist der erste Auftakt für einen langen, zähen Kampf, der auf breiter Basis geführt werden wird. Genossen, unsere Arbeit für eine einheitliche, außerparlamentarische Aktion ist nicht umsonst gewesen, weitere Ausdauer wird zu weiteren Erfolgen führen. Darum: auf zum Kampf, trotz aller Wiederstände!

Zeitz

Die Aufhebung des SA- und Uniformverbotes versuchten die Nazis, mit einem öffentlichen Marktkonzert zu feiern. Die Masse der Arbeitslosen, die sich eingefunden hatte, machte ihnen aber einen Strich durch die Rechnung. Wurde bereits das erste Stück durch wenig schmeichelhafte Zurufe und gellende Pfiffe unterbrochen, so wurde das Horst-Wessel-Lied durch den einmütigen Gesang der Internationale übertönt, und fluchtartig mußten die Nazis sich unter dem Schutz der Polizei in das Innere des Lokals zurückziehen. Tagtäglich ereignen sich Plänkeleien zwischen Nazis und Anhängern der Arbeiterorganisationen. Die Notwendigkeit einer straff organisierten, antifaschistischen Abwehrfront, der alle Arbeiterorganisationen angehören, wird damit immer wieder bewiesen. Die Bemühungen der hiesigen SAP nach dieser Seite hin hatten bisher noch keine nennenswerten Erfolge. Besonders die SPD verschanzt sich hinter bürokratischen Formeln und Wortklaubereien und hinter der Eisernen Front. Der Weg zu einheitlichen Kämpfen wird sich nur noch über die Köpfe der Führer hinweg durchführen lassen. Die „groß angelegte" Konferenz der Eisernen Front am Sonntag im Preußischen Hof zeigte denn auch erneut, wie man mit verderblicher Sentimentalität — „allen Anwesenden standen vor Ergriffenheit die Tränen in den Augen" — die Arbeiterschaft vom wirklichen Kampf zurückhält. Darüber helfen auch „radikale" Töne eines Bergholz und Goldstein nicht hinweg. Nach wie vor hat die erhöhte Aufmerksamkeit und Unterstützung der SAP den Arbeitslosen und den Hungernden und dem Kampf gegen den Faschismus zu gelten.

Delitzsch

Sozialreaktionäres Verbrechen an den Proletarierkindern. Die Errichtung eines Kinderheimes in der Spröde (Stadtforst) hatte schon die letzte Stadtverordnetensitzung beschäftigt. Die Vorlage des Magistrats stand jetzt zur zweiten Lesung an. Wie nicht anders von der reaktionären Rechten und der ebenso reaktionären Beamtenfraktion zu erwarten war, lehnten sie die Vorlage ab. Die Begründungen, die Herr Freitag und Herr Richter I dabei abgaben, waren an den Haaren herbeigezogen. Kein Funke sozialen Mitgefühls, kein Funke Verantwortlichkeit gegenüber unseren Kindern. Aber es handelt sich ja um Kinder der Arbeiterklasse; wie können da die Vertreter der bürgerlichen Klassen einem Kinderheim zustimmen, das Hunderten Proletenkindern Erholung bringen soll. Ihre Kinder sind gesund, aber die Proletenkinder sind krank; sie können nach dem Willen dieser Herren langsam dahinsiechen und verrecken. Stadtarzt Dr. Zaar sprach der Rechten nochmals eindringlich zu, wie auch der II. Bürgermeister, Dr. Baumgardt, die die eigentlichen Urheber der Vorlage waren. Alles half nichts, die Herren blieben bei ihrem sozialreaktionären Standpunkt. Die Stadtverordneten Buhle, Schwahn, Struensee (SPD), Gebhardt, Geihte (SAP), Mußigmann (KPO) und Simon (KPD) sagten der Herrschaften erbarmungslos und in seltener Einmütigkeit die Wahrheit. Der II. Bürgermeister Baumgardt erklärte, daß trotz dieses Beschlusses die Kinder verschickt würden, und zwar in das Kinderheim der Stadt Eilenburg in Battaune. So haben die Delitzscher Gewerbetreibenden nun das Nachsehen. Der II. Bürgermeister und Stadtarzt Dr. Zaar verließen demonstrativ den Sitzungssaal. — Der „Dreimännerskat", die Beamtenfraktion, wollte noch einen Antrag, der durch die Abstimmung erledigt war, zur Abstimmung bringen lassen. Die dauernden Provokationen des Beamtenvertreters Richter I veranlaßten aber die gesamte Linke, geschlossen den Sitzungssaal zu verlassen. Stadtverordneter Schwahn (SPD) erklärte, daß seine Freunde an der Tagesordnung kein Interesse mehr hätten. Unter brausendem Beifallssturm der auf der Tribüne stark vertretenen Proleten leerten sich die Stühle der Linken.

Jerichow a. d. Elbe

Das Scheibenschießen der bürgerlichen Pfadfinder forderte ein Todesopfer. Es waren Kinder, die daran teilnahmen. Als das Tesching noch geladen war, nahm es gegen 17 Uhr der 16jährige Schüler Siegfried Bohm auf sein Fahrrad und fuhr freihändig davon. Nun ging plötzlich der Schuß los, und die Kugel traf den 17jährigen Gerhard Schulz in die Brust, der dann nach kurzer Zeit verstarb. Er ist der einzige Sohn des Sägewerkbesitzers Reinhold Schulz. Vor einigen Jahren war der getötete Schulz bereits einmal von einem Spielgefährten durch einen Pistolenschuß in den Leib geschossen worden. Hoffentlich verbietet nun die hiesige Polizeiverwaltung das Scheibenschießen der Pfadfinder. Was hätten wohl die hiesigen Nazis und die übrigen Reaktionäre aus diesem Vorfall gemacht, wenn der Schütze ein Sohn einer Arbeiterfamilie gewesen wäre?

Sammelt für den Kampffonds der SAP

Die Generalstäbler sollen sich verständigen

Papen propagiert deutsch-französische Wirtschafts- und Militär-Allianz

Lausanne, 22. Juni 1932.

Am heutigen Vormittag begab sich der deutsche Außenminister Freiherr v. Neurath zum englischen Ministerpräsidenten und überreichte ihm eine Denkschrift des Papenkabinetts, die den Standpunkt der Reichsregierung zur Reparationsfrage enthält. Wie verlautet, soll diese neue deutsche Denkschrift auch eine „Brücke für Frankreichs Sicherheitswünsche" enthalten.

Unmittelbar nach Ernennung Papens zum Reichskanzler, wurde das Protokoll einer Rede bekannt, die derselbe v. Papen im Herrenklub vor einem Jahre gehalten hat und in der er seine Auffassungen zur Außenpolitik entwickelte. In den Mittelpunkt rückte v. Papen damals die Verständigung mit Frankreich, wobei er sogar einem deutsch-französisch-polnischen Bündnis mit einer betont antisowjetrussischen Spitze das Wort sprach. Fiel es schon auf, daß die Richtigkeit dieses Protokolls nicht bestritten wurde, so zeigen die ersten außenpolitischen Schritte Papens, daß er sich streng an den in jener Rede abgesteckten Weg hält. Seine Rede in Lausanne war frei von allen nationalistischen Tiraden. v. Papen erklärte nicht, daß Deutschland nicht bezahlen könne, weil es nicht bezahlen wolle, sondern bemühte sich, die Zahlungsunfähigkeit mit umständlichem Ziffernmaterial zu belegen, wie er überhaupt das wirtschaftliche Moment bewußt in den Vordergrund schob. Auch das von Brüning in die Amtssprache eingeführte Wort „Tribute" wurde von ihm streng gemieden. Er benutzte konsequent die harmlosere Bezeichnung „Reparationen". Auch dem plötzlichen Stimmungsumschwung namentlich der französischen Presse am Vorabend von Lausanne dürfte das Papen-Kabinett nicht ganz fremd sein. Die Vermutung liegt nahe, daß v. Papen seine vielseitigen Beziehungen zu Frankreich benutzt habe, um sich einen guten Empfang in Lausanne zu sichern.

Nun erscheint im „Petit Parisien" ein Interview mit v. Papen, das die bisher von seinem Auftreten gewonnenenen Eindrücke noch verstärkt. Nach der Wiedergabe der Telegraphen-Union soll v. Papen hierbei als seine Auffassung bekundet haben, daß

> **finanzielle Abkommen getroffen werden müßten, um eine Paralysierung der Kapitalien und Geschäfte zu vermeiden.**

Diejenigen Staaten, die über große Goldvorräte verfügten, hätten ein eigenes Interesse daran, die anderen Staaten zu unterstützen, um die gegenwärtigen Handelsbeziehungen zu aktivieren.

Derartige Pläne sind nicht neu. Sie werden seit Jahren von dem deutschen Industriellen Rechberg entwickelt, wobei Rechberg insbesondere — wie übrigens schon Erzberger — eine gegenseitige finanzielle Beteiligung an den maßgebenden Industrien vorschwebte. v. Papen geht indessen noch einen Schritt weiter. Er erstrebt die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern ebenso

> **auf militaristischem Gebiet. „Warum könnten sich die Generalstäbe der beiden Länder nicht direkt verständigen?"**

Es ist wohl kein Zufall, daß fast zur gleichen Zeit auch Schleicher sich mit einem französischen Journalisten unterhielt und diesem ähnliche Gedankengänge entwickelte, wobei er freilich auch sofort seine Bedingungen anmeldete. Die neue, jetzt in Lausanne überreichte Denkschrift scheint offenbar eine Fortsetzung der in dieser Richtung verlaufenden Bemühungen zu sein. Hierbei ist bemerkenswert, mit welchem Schweigen die Nazi-Presse diese ganz offensichtlichen Anbiederungen an Frankreich umgeht. Hätte Brüning auch nur entfernt derartige Andeutungen gemacht, dann wäre zweifellos die ganze nationalistische Meute über ihn hergefallen. v. Papen und Schleicher dagegen gestattet sie diese Freiheiten. Und das ist auch verständlich: diese deutsch-französische Verständigung, wie sie von Papen und Schleicher jetzt propagiert wird, ist in erster Linie und vor allem eine Verständigung der Trustkönige diesseits und jenseits des Rheins, und da dies zugleich die Geldgeber der Nazis sind, müssen sie schweigen. Schließlich hat die nationalistische Verhetzung auch für die Nazis ihre Dienste getan. Sie sind mit ihr groß und fett geworden und das genügt ihnen vorderhand. Wie für die Papen und Schleicher war der Franzose auch für die Nazis nur so lange der Erbfeind, als sie in Deutschland nichts zu melden hatten. Nun, da sie die Mächtigen sind, gibt es keinen „Verrat", dessen sie nicht fähig wären und über den sie nicht willig schweigen.

Das Hundertmillionengeschenk für Flick

Die von der Regierung zum Falle Flick angekündigt gewesene Erklärung steht hinsichtlich ihres Inhalts in einem auffallenden Gegensatz zu der Länge der Zeit, die das Kabinett für die Abfassung aufzuwenden nötig hatte. Sie erschöpft sich auf folgende Zeilen:

> **Bei der Transaktion betreffend Gelsenkirchen handelt es sich um ein Geschäft, das von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich persönlich im Laufe dieses Frühjahres vorbereitet und durch einen von ihm am 31. Mai 1932 für das Reich unterzeichneten Vertrag zum Abschluß gebracht worden ist. Die neue Regierung hat dieses Abkommen vorgefunden. Anlaß, die Rechtsgültigkeit zu bezweifeln, besteht nicht.**

Während anfänglich die Regierung jede Beteiligung an dieser Transaktion bestritt, wird nunmehr öffentlich zugegeben, daß tatsächlich eine Entscheidung der Regierung vorliegt. Damit wird die Auffassung bestätigt, die hier von vornherein vertreten worden ist. Nun aber besteht ein dringendes öffentliches Interesse daran, auch die Gründe für diese Entscheidung kennenzulernen, die das Reich zugunsten der Person des Herrn Flick mit rund 100 Millionen M. belastet, denn auf diesen Betrag läuft die Ueberbezahlung der erstandenen Aktien hinaus, da es sich nicht, wie anfänglich gemeldet, um Aktien im Nennwert von 100, sondern von 110 Millionen M. handelt. Hierüber hüllt sich die Regierung aber in tiefes und undurchdringliches Schweigen. Das stimmt um so argwöhnischer, als jetzt auch von eingeweihter Seite das Vorliegen einer „Ueberfremdungsgefahr" entschieden bestritten, ja sogar auch die Dringlichkeit der ganzen Aktion in Abrede gestellt wird. Warum also, so fragen wir, diese Brandschatzung des Reiches, und was ist weiter geplant? Ein Akt der Sozialisierung, als den eine gewisse kapitalistische Presse diese Transaktion hinzustellen beliebt? Darüber kann man nur lächeln. Jeder weiß, daß, wollte die Reichsregierung entscheidenden Einfluß auf den Stahltrust erhalten, dies ziemlich einfach und sehr viel weniger kostspielig zu erreichen gewesen wäre. Die Regierung brauchte nur die von ihr beherrschten Banken anzuweisen, die Schulden des Stahltrusts einzutreiben, und das ganze Riesenunternehmen wäre für einen Pappenstil in den Besitz des Reiches übergegangen. Allerdings hätten dabei die Flick einige Haare lassen müssen, und eben das zu vermeiden, scheint ja gerade einer der Hauptzwecke dieser Transaktion zu sein.

Die Verantwortung für diese Ausplünderung der Staatskassen wiegt für die Papen-Regierung auch darum nicht leichter, weil sie sich auf die Vorarbeit des Brüning-Kabinetts berufen kann. Das Entscheidende ist, daß die Durchführung in die Regierungszeit der Papen und Konsorten fällt. Es bestand kein Zwang, sich an Abmachungen des früheren Kabinetts zu halten. Immerhin liefert die Tatsache, daß schon der Finanzminister Dietrich sich für die Uebernahme der Privatverluste des Konzern-Spekulanten Flick eingesetzt hatte, einen neuen Beweis, wie sehr schon das von der SPD unentwegt tolerierte Brüning-Kabinett um das Wohl und Wehe der Schlotbarone besorgt gewesen ist. Diese überraschende Aufklärung hatte der „Vorwärts", der sich sehr massiv in die Kampagne zur Lösung des Gelsenkirchen-Geheimnisses gestürzt hatte, offenbar nicht erwartet, die Verlegenheit ist auch dementsprechend groß.

Von Nazis erstochen!

Essen, 22. Juni 1932.

Am Frohnhauser Markt im Stadtteil Essen-West wurde Dienstag spät abends ein 19jähriger Kommunist namens Heinrich Mertens von Nationalsozialisten durch mehrere Messerstiche so schwer verletzt, daß er auf dem Wege in das Krankenhaus verstarb. Von den Tätern hat die Polizei natürlich bisher nichts gefunden.

Chemnitzer Elertänze

Am letzten Sonntag fand in Chemnitz der Bezirksparteitag zur Aufstellung der Reichstagskandidaten statt. Nach dem Bericht der „Volksstimme" hat der Bezirksvorsitzende Böchel sich hier — und das will viel heißen — in verlogenen Phrasen selbst übertroffen. Unter allgemeinem Beifall erklärte er: „Wäre man in der Partei toleranter gegen die Opposition gewesen, es stünde besser um die Partei." Und das sagt der gleiche Böchel, der sofort mit Rede- und Schreibverbot gegen den Genossen Weckerle vorgegangen ist, als er die Linie der Opposition noch vertrat, nachdem Böchel bereits vor dem Parteivorstand auf den Knien rutschte. Das sagt der Vorsitzende des einzigen Bezirks in der SPD, in dem die Spitzenfunktionäre gezwungen wurden, sich durch Namensunterschrift zu verpflichten, die SAP als eine feindliche Partei zu betrachten?! Ist das Heuchelei oder nicht?!

Geradezu belustigend aber ist Böchels persönliche Erklärung, er verrate kein Geheimnis, wenn er mitteile, daß viele Genossen den Wunsch geäußert haben, er möge die politische Linie (!), für die er seit zwölf Jahren im Bezirk verantwortlich zeichne, auch als Spitzenkandidat der Reichstagsliste vertreten. Entweder haben sich hier einige Freunde Böchels einen guten Scherz geleistet oder aber Böchel spottet seiner selbst. Nur einige wenige Erinnerungen zur Kennzeichnung dieser Linie, wobei wir uns ausdrücklich auf seine Chemnitzer Jahre beschränken. Anfänglich in Opposition, um sich nach oben zu schwingen und sich dort zu behaupten. Dann, als er einsah, auf das falsche Pferd gewettet zu haben, ein scharfer Rückzug auf die Linie des Parteivorstandes im Zeichen der Tolerierung des Hindenburg-Kurses und staatskapitalistischer Illusionen. Erst leidenschaftlicher Gegner des Reichsbanners, dann ebenso leidenschaftlicher Befürworter und Trommler der Eisernen Front. Das sind nur einige der Hauptstationen auf dem Wege der Böcheischen Politik. Doch das ist schließlich eine Angelegenheit, die die SPD des Bezirks Chemnitz-Erzgebirge angeht. Uns interessiert nur, daß Böchel auf die Spitzenkandidatur verzichtet hat. Fürchtete er vielleicht doch, daß die Freunde, die ihm diesen „ehrenvollen Antrag" machten, nicht kompetent genug seien, um die Kandidatur ohne größere Widerstände zu sichern, oder hat er eine böse Ahnung, daß etwa nach den Reichstagswahlen eine neue Tolerierungsaera für die SPD im Zeichen Schleichers anbrechen könnte? Für die Ausrede, daß seine Arbeit als Fraktionsvorsitzender des Sächsischen Landtags wichtiger sei, dürften Eingeweihte jedenfalls nur ein verständnisvolles Lächeln haben.

Im übrigen schwelgte man auf diesem Bezirksparteitag wieder in radikalen Phrasen. Nie sei die Partei mehr zum Klassenkampf gezwungen als heute, heißt es da. Deshalb hat man auch die Genossen, die die Entwicklung haarscharf so vorausgesehen haben, wie sie eingetreten ist, hinausgeworfen und klammert sich heute an Bekenntnisse, denen die Lüge an der Stirn geschrieben steht.

Bulgarien kürzt Pensionen und Kriegsrenten

Sofia, 21. Juni 1932.

Der Finanzminister hat mit sofortiger Wirkung die Pensionen aller Staatsbeamten und Kriegsteilnehmer um 20 v. H. gekürzt.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien. 1931 Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

34. Fortsetzung.

Hans wird immer kleiner. Er sackt allmählich in sich zusammen. Er geht ganz langsam, Schritt für Schrittchen in sich zurück. Einmal wagt er sich noch heraus: „Ich will ja so arbeiten, Herr Leukel . . ." Das kommt schon ganz von innen heraus, daß es Funken schlägt und warm macht.

Herr Leukel sagt nichts und überlegt lange. Dann steht er ruck, zuck, auf, schließt das Zimmer ab: „Warte hier draußen, Hans," und geht zum Stadtrat. Er geht nur zum Stadtrat, wenn es brennt. Und diesmal brennt es richtig. Hier muß etwas Besonderes geschehen.

Herr Stadtrat Höllig ist sehr stark beschäftigt. Aber er hat für Herrn Leukel Zeit. Dabei unterschreibt er seine Akten weiter.

Mal nur ein H. und mal Höllig. Konzept und Reinschrift. Das nächste Stück, ablehnender Bescheid. Bewilligt. Bewilligt. Herr Stadtrat Höllig ist ganz bei beiden Sachen, bei Herrn Leukel und bei seinen Unterschriften . . ."

Herr Leukel trägt die Sache vor, aber des Herrn Stadtrats Interesse nimmt mit der Wärme von Herrn Leukels Vortrag ab. Er ist bald nur noch bei einer Sache. Immer diese Spezialgeschichten und immer Bolzereien mit dieser Anstalt. Wie sollen denn Ausnahmen begründet werden, ohne einen ordentlichen Betrieb in des Teufels Küche zu bringen?

Und dann — man hat Aerger genug . . .

Gewiß, einen Augenblick noch, Herr Stadtrat, ließ sich Herr Leukel nicht einschüchtern. Er hat zwar das Gefühl, die Sache wird ganz kaputt gehen. „Hier muß eine Sonderregelung möglich sein . . . Beweglichkeit der pädagogischen Arbeit . . . Nicht alle Fälle über einen Kamm scheren . . . Verbürge mich dafür, daß die Sache in Ordnung geht, wenn von Rückführung nach der Anstalt Abstand genommen wird . . ." überbietet sich Herr Leukel jetzt in Verzweiflung, schon in dieser Instanz des Jungen Sache, seine Sache zu verlieren.

Herr Stadtrat Höllig merkt den Eifer des jungen Beamten vor ihm. Eigentlich sollen sie ja alle diese Beschaffenheit für ihre Schützlinge haben . . . denkt er . . . aber das würde bald ein nettes Durcheinander in der Verwaltung geben. „Na also, einverstanden" sieht er dann auf die Uhr. In fünf Minuten muß er zur Magistratssitzung. Wie soll er Herrn Leukel sonst los werden. Es ist ja noch manches, was dagegen spricht . . . aber Herr Leukel wird wohl auch seine Gründe haben. Liebe Zeit, wir haben ganz andere Sorgen . . .

Der Entwurf des Schreibens an die Anstalt ist sachlich und überzeugend. Herr Leukel hat drei Entwürfe in den Papierkorb befördert. Jedes Gefühl, jedes Unsachliche hat er ausgemerzt. Nur der allgemeine Gesichtspunkt des Jugendamtes, die Kenntnis der Vorgeschichte des Jungen, seines Milieus und dann der Eindruck nach dem Entweichen. Jedes Wort hat seinen Platz und zum Schluß scheint es angebracht: „. . . auch die seelische Verfassung des Jugendlichen zu berücksichtigen. Alle diese Gründe lassen es ratsam erscheinen, von einer zwangsweisen Rückführung ausnahmsweise Abstand zu nehmen. Unterbringung in einem offenen Arbeitsheim . . . von hier aus soll Annäherung an die Eltern versucht und die Arbeitsvermittlung nachdrücklich betrieben werden . . ."

Der Stil ist so überzeugend, daß Herr Stadtrat Höllig nichts zu ändern hat. Aber er möchte doch vorsichtig sein . . . die Anstalt hat zu entscheiden . . . man kann ihr keine Vorschriften machen und deshalb geht ein Anschreiben mit: „. . . anliegenden Bericht unseres Fürsorgers übersenden wir zur gefl. Kenntnisnahme, mit der Bitte um Prüfung, ob der Vorschlag Berücksichtigung finden kann . . ."

„Mit der Bitte um Prüfung . . ."

Und dann schwimmt der Bericht ab. Einen Tag hin. Einen halben Tag braucht er, bis er zugestellt und dem Herrn Direktor vorgelegt wird. Eine Viertelstunde vorher ist dem die Flucht Piepels, die längst fällig war, gemeldet worden und damit ist das Schicksal des Berichtes in Sachen Hans Schulze, Aktenzeichen soundso, entschieden . . .

*

Hans Schulze sitzt im Tagesraum des Heims der Heilsarmee. Das Heim ist bis auf den letzten Platz voll. Penner, Bettler, Arbeiter und arbeitslose Angestellte, ein Mann mit Schmissen und ein halbes Dutzend Krüppel. An den Tischen hocken zwanzig oder dreißig. Sie erzählen vor sich hin und warten. Manche spielen Skat. Keiner hat mehr als eine Mark im Sack. Sie warten alle, aber keiner weiß, auf was sie eigentlich warten. Wer mag noch ein paar Zigaretten sein Eigentum nennen? Die Wohlfahrt bezahlt den Aufenthalt und morgens geht man da und dort mal fechten. Kein Mensch gibt mehr was. Es hat ja keiner mehr was. Und die was haben, an die kommt man nicht ran.

Bleiern liegen die Stunden über dem Raum. Die Menschen sitzen und warten. Aber es kommt nichts und es weiß ja auch niemand, was kommen soll. Sollen sie auf die Straße gehen? Draußen marschiert und klingelt das Leben. Hier drinnen ist das Leben beschwert und ohne Hoffnung. Immer vier Wände um sich.

In den ersten Wochen rennen die Menschen noch hinaus, wenn sie sich eingesperrt fühlen, wenn die Angst in ihnen hochsteigt: Da draußen ist das Leben, wir sind hier drin. Von einem Tag zum andern läßt das nach. Es gibt keine Arbeit. Es kommt kein Wunder. Es donnert nicht. Niemand fragt sie und niemand will was von ihnen. Starke Männer schrumpfen ein. Junge Burschen werden alt, oder sie gehen in die Kaschemmen in der Münzstraße oder in der Linienstraße oder sonstwohin. Manche gehen auch auf den Strich und da gehen schon tausend und mehr. Manche bleiben auch hier drin sitzen. Einige stehen vor den Arbeitsnachweisen. Aber auch da stehen schon tausend und viel mehr.

Wieviel Arbeitslose hat Berlin? Wieviele gibt es in Deutschland. Und wieviele warten in der Welt auf Arbeit? Hans starrt das große gelbe Plakat an der Wand an: Soviel Hunderttausend Menschen suchen in Berlin Arbeit.... Soviel....? „Vor Zuzug wird gewarnt. . ."

Von denen hier will ja keiner mehr zuziehen....

Warum hängt das Plakat hier?

Ob ich wohl Arbeit finden werde, morgen oder übermorgen?....

Wer stört die Geschlossenheit der Gewerkschaften?

Beweislose Behauptungen der ADGB-Führer gegen die SAP

Die „SAZ" hat schon zu der letzten Tagung des ADGB-Ausschusses, besonders soweit sie sich mit der Frage der Einheitsfront und dem Brief unserer Partei beschäftigte, Stellung genommen. Eine besondere Behandlung verdient aber die im ADGB-Ausschuß wie auch von anderen Gewerkschaftsvorständen erhobene Behauptung, daß sich hinter dem Einheitsangebot der SAP nur die Absicht verberge, „nach kommunistischem Rezept in die Geschlossenheit der Gewerkschaften einzubrechen", und daß die SAP „sinnlose Angriffe gegen die Gewerkschaften" richte.

Für diese teils von Leipart, teils — nach dem offiziellen Bericht — in der Diskussion ausgesprochenen Behauptungen ist auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht worden. Wir fordern Leipart und Genossen öffentlich auf, uns auch nur einen Fall nachzuweisen, wo sich die SAP im Sinne der Spaltung oder Schädigung der Gewerkschaften betätigt hätte. Die ganze Leichtfertigkeit der Verleumdung geht schon daraus hervor, daß von der ADGB-Führung hier die SAP in einem Atemzug mit der KPD genannt wird. Jedes Gewerkschaftsmitglied weiß aber, und verantwortungsbewußte Gewerkschaftsführer, zumal da sie derart leichtfertige Behauptungen aufstellen, müssen es wissen, **daß sich die SAP gerade in der Frage der Einheit der Gewerkschaften grundsätzlich von der Stellung und Tätigkeit der KPD unterscheidet.** Die SAP nimmt seit ihrem Bestehen in schärfster Form Stellung gegen die nicht nur die Gewerkschaften schädigende, sondern auch alles andere als revolutionäre RGO. Sie kämpft stets für die Aufrechterhaltung bzw. Herstellung der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften. In der vom SAP-Parteitag beschlossenen Gewerkschaftsresolution heißt es (siehe SAZ vom 16. April, im Druck fett hervorgehoben):

> **„Die SAP verpflichtet ihre Mitglieder, sich mit aller Kraft für die Verteidigung und Stärkung der freien Gewerkschaften einzusetzen."**

Wir nehmen diese Stellung gewiß nicht aus besonderer Liebe zum ADGB-Vorstand und den übrigen Gewerkschaftsführern ein, sondern im Interesse der Gewerkschaften und der ganzen Arbeiterbewegung. Die Behauptungen der Leipart und Genossen — auch in der letzten Beiratstagung des Gesamtverbandes wurden ähnliche Angriffe gegen die SAP erhoben — fußen auf der alten, aber sehr falschen Einstellung der reformistischen Gewerkschaftsführer, daß sie sich selbst für die Gewerkschaften halten. Wir haben zwar, gewiß keine „sinnlosen", aber oft sehr scharfe und stets berechtigte Angriffe gegen die Gewerkschafts-Führung gerichtet. Diese Kritik richtet sich jedoch nicht gegen die Gewerkschaften, denn die Gewerkschaften sind nicht die Leipart und Genossen, sondern die Organisationen der fünf Millionen Proletarier. In ihrem Interesse wie im Interesse der Gesamtarbeiterklasse üben wir an der falschen Führung bzw. an offensichtlich die Arbeiterklasse wie die Gewerkschaften selbst schädigender Politik Kritik und verlangen eine Kursänderung. Dazu haben wir und alle unsere Genossen in den Gewerkschaften nicht nur das Recht, sondern die Pflicht. Wir werden uns das auch niemals nehmen bzw. verbieten lassen.

Wie notwendig und im Interesse der Gewerkschaften liegend unsere Kritik, unsere Bestrebungen in der Richtung eines radikalen Kurswechsels der Gewerkschaftsführung ist, das beweist die katastrophale Lage in die die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse unter der bisherigen Führung gebracht wurden. Gerade die selbstgefällige Ueberheblichkeit der reformistischen Führung, die jeden Kritiker als „Gewerkschaftsschädling" behandeln, ist es, **die die Gewerkschaften am allermeisten schädigt.**

Es ließen sich Tausende von Beispielen anführen, die beweisen, daß, wenn die Gewerkschaftsführung auch nur zu einem Teil die Kritik und die Vorschläge der Opposition in den Gewerkschaften beachtet hätte, es heute um die Arbeiterklasse, wie auch um die Gewerkschaften besser stände. Die Opposition forderte schon vor zwei Jahren statt Tolerierung der Lohnabbauregierung entschlossenen Kampf gegen jeden Lohnraub. Die Opposition trat schon immer gegen die Ueberspitzung der gewerkschaftlichen Sozialunterstützungseinrichtungen auf. Jetzt müssen die Gewerkschaftsleitungen diese Forderung — allerdings viel zu spät und zum größten Nachteil für die Gewerkschaften — durchführen und alle Unterstützungseinrichtungen abbauen. Die Opposition forderte schon immer gewerkschaftliche Erwerbslosenausschüsse und Aufnahme auch von arbeitslosen Arbeitern in die Gewerkschaften. Jetzt, nachdem eine unheilvolle Entfremdung zwischen der Masse der Arbeitslosen und Gewerkschaften eingetreten ist, jetzt, d. h. viele Jahre zu spät, sieht sich die Gewerkschaftsführung gezwungen, diese seinerzeit als „unsinnig" verhöhnten und abgewiesenen Forderungen der Opposition zu erfüllen. Die Opposition hat gegen die hohen Gehälter der Verbandsangestellten, gegen die Verschleuderung der Verbandsgelder durch Errichtung von Palastbauten der Gewerkschaften Stellung genommen. Jetzt — viel zu spät — muß der Gesamtverband seine obersten Führer absetzen, müssen alle Gewerkschaften die Gehälter abbauen.

Warum? **Weil sich die Kritik der Opposition als richtig und viel mehr im Interesse der Gewerkschaften in ihrer Geschlossenheit erwiesen hat, als die Tätigkeit der selbstherrlichen Führung.** Wenn jetzt z. B. im Gesamtverband behauptet wird, daß „die in der SAP-Presse erschienenen Einzelheiten jeder Grundlage entbehren", so sprechen die Tatsachen gegen diese Behauptungen.

So wie in der Vergangenheit ist es auch bei der Kritik an den gegenwärtigen Maßnahmen der Gewerkschaftsführung. Wir fordern die Herstellung der einheitlichen Klassenfront des Proletariats gegen Faschismus. Die ADGB-Führer proklamieren — wieder selbstherrlich — „Die Einheitsfront, das ist die Eiserne Front". Mit dieser sozialdemokratischen Parteifront verhindern sie nicht nur die Klassenfront, sondern sie „brechen damit in die Geschlossenheit der Gewerkschaften" ein, weil Hunderttausende von Gewerkschaftsmitgliedern nicht in der „Eisernen Front", sondern mit Recht deren Gegner sind.

Also nicht wir sind die „Gewerkschaftsschädlinge". Sie sitzen ganz woanders. **Wir arbeiten in unserem Sinne weiter in der festen Gewißheit, daß wir damit die Gewerkschaften stärken und fördern.**

Hallische Erwerbslose kämpfen in gemeinsamer Klassenfront!

Die Notverordnung der Papenregierung hat besonders unter den Erwerbslosen eine ungeheure Empörung ausgelöst. Der Magistrat und das Jugendamt Halle a. d. S. nahmen bereits am 16. Juni Abzüge an den Unterstützungssätzen bei einzelnen ledigen Wohlfahrtserwerbslosen vor. Hunderte von Erwerbslosen hatten sich vor dem Jugendamt eingefunden. Die Verwaltung ließ sofort alle Türen zu den Sprechzimmern im Jugendamt absperren. Die Erwerbslosen wählten eine Delegation und verhandelten mit dem Bürgermeister Velthuysen. Da die Demonstrationen am Jugendamt immer größeren Umfang annahmen, bewilligte der Magistrat die Forderungen der Erwerbslosen, die Polizei sofort zurückzuziehen, die Sperre der Sachlieferungen sofort aufzuheben und die alten Unterstützungssätze vorläufig bis zum 15. Juli weiterzuzahlen. Wenn es sich hier auch nur um einen kleinen Anfangserfolg der Erwerbslosen handelte, war er doch nur möglich, weil sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter gemeinsam kämpften. Diese Einheitsfront gilt es zu stärken.

Am Sonnabend kam es zu wuchtigen Kundgebungen der Erwerbslosen aus dem Saalkreis vor dem Landratsamt. Die Polizei drängte die auswärtigen Erwerbslosen in die Innenstadt ab. Die hallischen Erwerbslosen vereinigten sich mit den auswärtigen. Starke Polizeikräfte waren trotz rigorosen Vorgehens von Offizieren und teilweise Mannschaften nicht in der Lage, die Demonstration niederzuschlagen. Entgegen der Behauptung des „Volksblatt", die Demonstrationen seien eine KPD-Mache, demonstrierten zahlreiche Reichsbanner-Jungarbeiter mit den Arbeitern aller Organisationen und forderten Herstellung einer einheitlichen Klassenfront zur Abwehr des Faschismus und Kampf gegen die Papen-Regierung. **Nur der Kampfblock der Arbeiterklasse macht die Arbeiterklasse stark. Auf ihre Schmiedung muß jetzt alle Kraft verwendet werden.**

Gegen die RGO-Spalter im IVfdB

Dröske und Orkalkewitz ausgeschlossen

Zentralvorstand und Beirat des Industrieverbandes für das Baugewerbe haben in ihrer Tagung vom Sonnabend, dem 18., bis Mittwoch, den 22. Juni, zu den Vorgängen im Berliner Bezirksverein des IVfdB. Stellung genommen und einstimmig beschlossen, die bisherigen Vorsitzenden des Berliner Bezirksvereins Droske und Orkalkewitz und weiter die Kollegen Ulrich, Ohlmayer, Scheel, Malm und Lolat wegen organisationsschädigenden Verhaltens auszuschließen. Den Kollegen Droske, Orkalkewitz und Ohlmayer wurde nachgewiesen, daß sie in mehreren Sitzungen mit den Vertretern der RGO und KPD über die Ueberführung des Industrieverbandes zur RGO verhandelt haben. Sie gaben unter dem Druck der Beweise auch die Verhandlungen zu. Schon die Schiedskommission hatte, wie wir berichteten, Funktionsenthebung von Dröske, Orkalkewitz und Ohlmayer beschlossen. Auf Betreiben der RGO gelang es den Anhängern der RGO in der letzten Generalversammlung, den Beschluß der Schiedskommission aufzuheben und die Schiedskommission selbst der Funktion zu entheben. Der Beirat hat zu diesem organisationsschädigenden Treiben Stellung genommen, den obengenannten Beschluß gefaßt und die Schiedskommission wieder in ihre Funktion eingesetzt.

Eine erweiterte Vorstandssitzung des Bezirksvereins Berlin, die am Dienstag, dem 21. Juni, zu diesem Beschluß des Beirates Stellung nahm, billigte mit 58 gegen 24 Stimmen den Beschluß. Damit hat die große Mehrheit der entscheidenden Funktionäre sich hinter den Beirat gestellt und eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß sie mit allen Mitteln gegen die Spaltungsabsichten der RGO und der KPD, für die Erhaltung des Industrieverbandes eintritt.

Die Vorgänge im Industrieverband beweisen schlagend die jede Gewerkschaft zerstörende Taktik der RGO und der KPD. Der Industrieverband, der doch nach der Meinung auch der Mitglieder der KPD eine revolutionäre Organisation ist, wird von den Spaltungsmaßnahmen der RGO-Strategen in noch viel stärkerem Maße betroffen als die freien Gewerkschaften. Diese Tatsache sollte auch dem letzten Mitglied der KPD beweisen, daß die von der RGO betriebene Politik nicht den Klassenkampfgedanken fördert, sondern höchstens den Reformisten Zutreiberdienste leistet und letzten Endes den Unternehmern dient.

Holländischer Gewerkschaftskongreß

Zur Zeit tagt im Haag der Kongreß der freien Gewerkschaften Hollands. Auch hier steht im Mittelpunkt die Frage der Arbeitslosigkeit, denn auch in dem kleinen Holland gibt es 300 000 Arbeitslose. Der Kongreß fordert Abhilfe durch Einführung der 40-Stundenwoche. Allerdings drückt sich auch die von der Sozialdemokratie beherrschte Gewerkschaftsführung in Holland um die Frage, wie die 40-Stundenwoche durchgesetzt werden soll. Von Interesse ist noch, daß nach dem Bericht des Vorstandes der Holländische Gewerkschaftsbund in den letzten zwei Jahren 65 000 Mitglieder gewonnen hat und jetzt 325 000 Mitglieder zählt.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Donnerstag, 23. Juni 7 Uhr
Die Walküre
Schauspielhaus
Gendarmenmarkt
Donnerstag, 23. Juni
Jeppe vom Berge
Schillertheater
Donnerstag, 23. Juni 8 Uhr:
Die Räuber

Volkshühne
Theat. a. Bülowpl.
Norden 2046
Donnerstag, 23. Juni 8¼ Uhr
Geld ohne Arbeit
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Donnerstag, 23. Juni 8.30 Uhr.
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne
5.30 Uhr:
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Zigeunerliebe

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Nackte Wahrheiten
Tonfilm
Großstadtpflanzen
stummer Film
Anfangszeiten Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Dießrei von der Stempelstelle
Tonfilm
Chauffeur Antoinette

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Berlin spricht nur von
Frankenstein
(der Film des Grusels, Packens, Aufregens)
dazu
Der Sprung ins Nichts
Zirkusfilm mit Cilly Feindt
Wochentags ab 5 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Sellerstraße
Brigitte Helm, Rudolf Forster
Die Gräfin von Monte Christo
Der Frauenraub auf Madagaskar

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Der große Sensationsfilm
Frankenstein
dazu:
Ein süßes Geheimnis

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Nur 3 Tage!
2 Großtonfilme
der sensationelle Erfolg
Vampyr
das hochinter. Filmwerk der Gegenwart
Dazu der große Operettentonfilm
Der Tanzhusar
mit Gretl Theimer, Ernst Verebes, Oskar Karlweis, Julius Falkenstein, Albert Paulig

Inserieren bringt Gewinn

PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Der aufpeitschende Revolutionsfilm:
Der blaue Expreß
dazu: Willy Fritsch, R. A. Roberts
Der Frechdachs
Sonnabend, den 18. Juni, Nachtvorstellung
Sensations Gastspiel: Cumberland,
Hellsehen und okkultistische Experimente.

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vexhaus / am Potsdamer Platz 8 | Kurf. 2334
Verlängert
Marlene Dietrich
in
„Schanghai-Expreß"
der erfolgreiche Tonfilm der Saison
Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 RM
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig Tag- u. Nachtkino Berlins

Kampfsignal morgen neu

Am 22. Juni 1932 schloß

Adolf Harndt

für immer die Augen.

Im Namen der Hinterbliebenen

Emma Harndt
geb. Peege

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 25. Juni 1932, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Berlin N, Pappelallee 16/17, statt.

Freireligiöse Gemeinde Groß-Berlin

Am Mittwoch, dem 22. Juni 1932, verstarb unser treuer Freund und Genosse, der Geschäftsführer unserer Gemeinde

Adolf Harndt

Sein Fleiß, seine edle Gesinnung und sein unbestechlicher Charakter während seiner 40jährigen Mitgliedschaft und seiner 23jährigen Tätigkeit als Geschäftsführer waren vorbildlich und werden ihm unser Andenken für alle Zeiten sichern.

Der Vorstand

Die Beisetzung erfolgt am Sonnabend, dem 25. Juni 1932, nachm. 3 Uhr, auf unserem Friedhof, Pappelallee.